



NIHIL ADDENDUM

Innsbruck Journal of Political Science and Sociology

October 2016 - Volume 3

Verein Nihil Addendum
Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie, Universität Innsbruck

Gedruckt mit der Unterstützung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft Innsbruck
und des Vizerektorats für Forschung der Universität Innsbruck.



©innsbruck university press, 2016

Universität Innsbruck

Technikerstraße 21a, 6020 Innsbruck, Austria

Alle Rechte vorbehalten./ All rights reserved.

www.uibk.ac.at/iup

ISSN 2312-8216



October 2016, Vol. 3

Published by **NIHIL ADDENDUM**

Chairwoman **TATJANA BOCZY**

Deputy Chairwoman **MONIKA LIENGITZ**

Office of Administrative Stuff **MICHAEL WOLF & AARON SALZMANN**

Art Editor **ANNA LARL**

Web Management **PETER MITTERDORFER & VANESSA ROSELINE SIEGL**

Financial Officers **THORSTEN STROHMAIER & JUTTA TORGGLER**

Board of Reviewers **ALEJANDRO BOUCABEILLE, SIEGLINDE FULTERER, VERENA**

GRUBER, CHIARA LIBISELLER, PETER MITTERDORFER, ANNA-KIRA

PIRHOFFER, AARON SALZMANN, THORSTEN STROHMAIER, REGINA

TSCHANN, JUTTA TORGGLER, NINA WALCH, MICHAEL WOLF, SIMON WÖLL

WEBSITE: www.nihiladdendum.com

FACEBOOK: facebook.com/NihilAddendum

EMAIL: nihiladdendum@gmail.com

TWITTER: [@NihilAddendum](https://twitter.com/NihilAddendum)

The journal and the complete articles can be downloaded for free on our homepage. The editors do not take responsibility for the published opinions and want to present a broad range of views on political science and sociology.

Nihil Addendum would also like to thank all supporters of the project.

Vorwort

Es freut mich sehr, dass ich für *NIHIL AD-DENDUM* - noch kurz, bevor ich in den Ruhestand trete - das Vorwort schreiben darf. Wie die anderen KollegInnen am Institut und an der Fakultät habe ich dieses Projekt, das nunmehr in die dritte Runde geht, sehr begrüßt. Mit ihm wurde nämlich nicht nur ein Übungsfeld für aktives wissenschaftliches Arbeiten nach den im Studium vermittelten Regeln der Zunft, für die aktive und passive Teilnahme an den im Wissenschaftsbetrieb üblichen Prozessen des Peer Reviewing sowie für die Artikulation von und den konstruktiven Umgang mit sachlich begründeter Kritik eröffnet. Mit diesem Projekt wurde auch ein Stück forschendes Lernen gerettet, das im durch neoliberale Reformen zunehmend verschuldeten und auf Massenfertigung arbeitsmarktfitter AbsolventInnen programmierten Universitätsbetrieb verloren zu gehen droht.



Und wie das breite Spektrum und die soziale Relevanz der in den Beiträgen behandelten Themen deutlich vor Augen führt, geht es den jungen AutorInnen bei allem Bemühen um formale wissenschaftliche Qualität und Anerkennung ihrer wissenschaftlichen Leistung nicht allein um eine „art pour l’art“, sondern auch und vor allem darum, die soziale Welt besser zu verstehen, zu erfahren „was die (soziale) Welt im Innersten zusammenhält“, um die kognitiven Voraussetzungen für die Lösung brennender sozialer Fragen zu schaffen und so aus unserer Welt einen lebenswerteren, gerechteren, friedlicheren, besseren Platz zu machen. Sie setzen damit eine Tradition der Soziologie fort, die mit der Gründungs generation (Marx, Durkheim, Weber et al.) mit Blick auf die mit dem Umbruch zur industriell-kapitalistischen Gesellschaft einhergehende Kulturkrise und „soziale Frage“ begonnen hat, und heute in Kritischen Gesellschaftstheorien (Habermas, Foucault, Beck et al.), in der Analyse und Kritik der Geschlechterverhältnisse (de Beauvoir, Becker-Schmid, Knapp, Butler et al.), in der kritischen Migrationsforschung und in den Postkolonialen Studien (Said, Spivak, Dhawan) ihre Fortsetzung findet – eine Tradition,

die Beiträge zur intersubjektiven Verständigung über zeitliche und soziokulturelle Grenzen hinweg und (Selbst-)Aufklärung der Gesellschaft über undurchschaute Abhängigkeiten leistet.

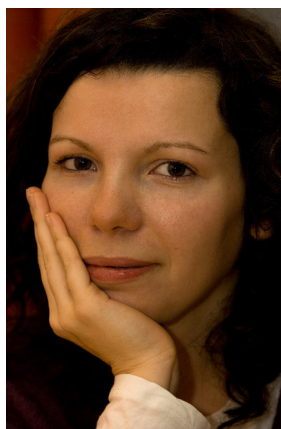
Kurz: auch wenn es heute um die Universität und die Welt nicht zum Besten steht, NIHIL ADDENDUM beweist, dass der kritische Geist der Soziologie nach wie vor lebendig ist und damit eine wichtige Voraussetzung für die nötige Selbstkorrektur von Fehlentwicklungen in Universität und Gesellschaft weiterbesteht.

Univ.-Prof. Dr. Max Preglau

Ab Oktober 2016 Professor für Soziologie im Ruhestand

Prolog

Mit großem Stolz darf ich die nächste Ausgabe des studentischen Projekts *Nihil Addenum* präsentieren. Unser ironisch gebrauchter Vereins- und Journaltitel „dem ist nichts hinzuzufügen“ soll auf den stetigen Dialog insbesondere in den Wissenschaftsdisziplinen Politikwissenschaft und Soziologie hinweisen. Denn wissenschaftliches Arbeiten definiert sich gerade über den stetigen Austausch und unermüdliches Hinterfragen. Studierenden möchten wir mit unserem Projekt Gelegenheit geben, erste Erfahrungen im wissenschaftlichen Betrieb zu sammeln. Sie sind es, die auch in dieser Ausgabe unterschiedliche Arbeiten aus den beiden Fachgebieten präsentieren. Ihre thematischen Auseinandersetzungen umfassen Indikatoren zu politischen Führungsstilen, kritischen Betrachtungen wirtschaftlicher Maßnahmen in Europa, Fragen nach den musikalischen Einflüssen auf nationalistische Gefühle, der Einfluss transnationaler Zusammenschlüsse auf regionale Entwicklungen und grundlegende Fragen der politischen Analyse.



Es freut mich außerordentlich berichten zu können, dass der diesjährige Call for Papers großen Anklang fand. Die hier gedruckten Texte wurden von unseren Mitgliedern, die sich ehrenamtlich für dieses Projekt engagieren, begutachtet. Wie auch in den Ausgaben zuvor möchten wir auf die wissenschaftlichen Beiträge von Studierender aufmerksam machen. Die Arbeiten sollen als Orientierung für andere Studierende dienen und gleichzeitig die Mühen Studierender würdigen. Wir wollen studentische Arbeiten ernst nehmen und sie aus den Schubladen holen! Auch die Vereins- und Ausgabenarbeit selbst wird von uns als Vorbereitung für den wissenschaftlichen Austausch verstanden. Im Dialog mit den Autor_innen, der Erarbeitung der Druckausgabe und im ständigen Austausch miteinander dürfen wir unsere Fähigkeiten weiterentwickeln. Unseren offenen Zugang zum wissenschaftlichen Arbeiten haben wir auch in dieser

Ausgabe beibehalten. So findet man unterschiedliche Zitierstile, Sprachen und Herangehensweisen in unserem Journal. Dies reflektiert nicht nur verschiedene Arten wissenschaftlichen Arbeitens, sondern auch die Vielfalt in beiden Fächern. Mit großer Sorgfalt haben wir aus den Einsendungen die interessantesten soziologischen oder politikwissenschaftlichen Arbeiten ausgesucht. Besonderen Dank gilt an dieser Stelle den Dozent_innen unserer Fakultät, die auch für diese Ausgabe die eine oder andere Empfehlung ausgesprochen haben.

In turbulenten Zeiten gesellschaftlichen Wandels darf ein offener wissenschaftlicher Dialog hoch bewertet werden. Gerade der respektvolle Dialog, die wissenschaftliche Methode und das kritische Nachfragen sind bei Themen wie den Auswirkungen von Flucht, gesellschaftlichem Wandel und soziologischer wie politischer Grundlagen essentielle Grundpfeiler für friedliches und gerechteres Zusammenleben – lokal und global.

Viel Freude beim Lesen und: **Es gibt immer etwas hinzuzufügen!**

Tatjana Boczy
Vorsitzende des Vereins Nihil Addendum

Inhaltsverzeichnis

Die Kuba-Krise aus Sicht des offensiven Realismus. 1
Warum die USA ihr „window of opportunity“ ungenützt ließen.
Julia Heiss

Die Afrikanische Union und ihre Suche nach eigenständiger, regionaler Friedenssicherung 15
Ruben Lackner

2001-2005: Die erste Amtszeit von George W. Bush 29
Eine Analyse anhand des Leadership Capital Index
Thomas Jenny

The ECB's Stress Test: The Logic of Legitimation and the Locus of Power in the European Union 43
Valentina Ausserladscheider

What is the Importance of Reggae Music to Jamaican Social Cohesion, Nationalism, and Identity 57
Imogen Newey

Die Kuba-Krise aus Sicht des offensiven Realismus

Warum die USA ihr „window of opportunity“ ungenützt ließen

Julia Heiss

Abstract

In den vergangenen Jahrzehnten waren vor allem die Entstehung und der Verlauf der Kuba-Krise immer wieder Gegenstand zahlreicher Untersuchungen. Was diese Analysen verhältnismäßig wenig berücksichtigen ist die Frage, warum es trotz der Bereitschaft vieler hochrangiger Militärs zu keinem atomaren Erstangriff der USA auf die UdSSR kam. Denn obwohl mehrere Vertraute Kennedys dazu drängten, die aktuelle (atomare) Übermacht der USA zu nutzen und das gerade geöffnete „window of opportunity“¹ gegenüber der Sowjetunion nicht verstreichen zu lassen, blieb die Eskalation aus. Vom Standpunkt des offensiven Realismus aus betrachtet scheinen diese Forderungen durchaus nachvollziehbar, hätten die USA doch die Chance gehabt, ihre relative Macht auszuweiten – ihre strategische Überlegenheit hätte im Falle einer Konflikteskalation wohl zur kompletten Zerstörung der UdSSR geführt. Dass die Vereinigten Staaten dennoch von einem Erstanschlag absahen, zeigt klar, dass Staaten entgegen der Ansichten von John J. Mearsheimer nicht nach Maximierung von Macht, sondern, wie Kenneth Waltz argumentiert, nach Sicherung der eigenen Existenz streben. Der Artikel zeigt im Folgenden, dass die eigene Sicherheit – das Verhindern eines atomaren Weltkriegs - und nicht die Einnahme einer Hegemonialposition zentral für das Verhalten der USA während der Krise war. Dabei werden auch die relative Stabilität von bipolaren Systemen im Sinne des Neorealismus sowie die Wirksamkeit der Abschreckung durch Atomwaffen unterstrichen.

¹ ALLISON, GRAHAM/URY, WILLIAM L., editors: *Windows of opportunity: From cold war to peaceful competition in U.S.- Soviet relations*. Cambridge, Mass.: Ballinger, 1989.

Einleitung

„Das ist die größte Niederlage in der Geschichte der USA. Wir sollten heute noch mit der Invasion beginnen.“² Diese Aussage von Curtis LeMay, dem ehemaligen Generalstabschef der US Air Force, zur Entscheidung einer friedlichen Beilegung der Kuba-Krise im Oktober 1962 verdeutlicht, wie nahe die Welt in jenen Tagen einer Eskalation gekommen war. Der letztendlich friedliche Ausgang eines der entscheidendsten Ereignisse in der Geschichte der internationalen Beziehungen kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, wie groß die Bereitschaft vieler hochrangiger Militärs und der sogenannten „Falken“ (vgl. Seite 6) in der Kennedy-Administration gewesen war, den Konflikt ohne Umstände militärisch zu lösen und die Welt damit an den Rande eines nuklearen Krieges zu führen.

Warum entschieden sich die USA trotz strategischer Übermacht letztendlich aber gegen eine mögliche relative Machtausweitung im Sinne des offensiven Realismus? Welche Rolle spielten dabei der Machtbegriff und die Frage der Sicherheit? Zur Beantwortung dieser Fragen werden im vorliegenden Beitrag die Erklärungskraft des offensiven Strukturrealismus nach John J. Mearsheimer und jene des defensiven Strukturrealismus nach Kenneth Waltz in Bezug auf das Verhalten der USA während der Kuba-Krise analysiert. Die Gegenüberstellung beider Theorieansätze am Beispiel des Ausgangs der Kuba-Krise soll dabei aufzeigen, welcher der zwei Zugänge größere Erklärungskraft für das außenpolitische Verhalten der Vereinigten Staaten in jenen Tagen im Oktober 1962 aufweist. Der defensive Strukturrealismus argumentiert hierbei, dass Staaten im internationalen System entgegen der zentralen Prämisse des offensiven Strukturrealismus nicht jede sich bietende Gelegenheit nützen, um ihre Macht zu maximieren und eine hegemoniale Position auf globaler Ebene anzustreben. Zentrale Maxime von Staaten ist vielmehr die Sicherung der eigenen Existenz – in diesem Falle das Verhindern eines Atomkrieges. Trotz zahlenmäßiger Übermacht an Sprengköpfen unternahmen die USA keinen Präventivangriff gegen die relativ verletzlichen sowjetischen Raketenstellungen, weil das Risiko, ein Abfeuern auch nur von ein oder zwei sowjetischen Raketen auf eine amerikanische Großstadt zu provozieren, groß genug war, um von einem Erstschlag abzusehen. Wie der Ausgang der Kuba-Krise vielmehr zeigt, trachten Staaten danach, territoriale Integrität und die Autonomie ihrer innenpolitischen Ordnung zu erhalten.

Diese Hypothese wird in drei Schritten entwickelt. In einem ersten Schritt werden die beiden theoretischen Ansätze gegenübergestellt, gemeinsame Grundannahmen herausgearbeitet und die zentralen Prämissen der beiden Denkrichtungen dargelegt. Auf diesen theoretischen Konzepten aufbauend wird der Ausgang der Kuba-Krise und das außenpolitische Handeln der Vereinigten Staaten beleuchtet, das schließlich zur Entscheidung führte, von einer Invasion Kubas abzusehen

² STEININGER, ROLF: Die Kubakrise 1962: Dreizehn Tage am atomaren Abgrund. München: Olzog, 2011, S.109.

und somit eine weitere Eskalation des Konflikts zu vermeiden. Der letzte Abschnitt des Beitrages beschäftigt sich noch einmal zusammenfassend mit den ausschlaggebenden Faktoren, die den friedlichen Abzug der in Kuba installierten Raketen erzwingen konnten.

Offensiver vs. defensiver Strukturrealismus – How much power do states want?

In seinem, in den Internationalen Beziehungen zum Standardwerk avancierten, „Theory of International Politics“ begründet Kenneth Waltz 1979 das Konzept des Strukturrealismus. Darin formuliert Waltz eine systemische Theorie, indem er die Folgewirkungen des internationalen Systems auf das außenpolitische Handeln von Staaten analysiert. Die Struktur des internationalen Systems, so die zentralen Grundannahmen des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers, sei durch den Zustand der Anarchie gekennzeichnet, also dem Fehlen einer übergeordneten Instanz mit Sanktionsgewalt. Während auf nationaler Ebene jede Bürgerin und jeder Bürger davon ausgehen könne, dass der Staat das legitime Gewaltmonopol innehat und ihn bzw. sie vor Angriffen schützen kann, gebe es auf internationaler Ebene keine übergeordnete Rechtssetzungs- bzw. Verfolgungsinstanz, die den Schutz der Staaten gewährleisten könne.³ Da die zentrale Maxime aller Staaten aber die Sicherung der eigenen Existenz („survival“) sei, beschreibt Waltz das internationale System als ein Selbsthilfesystem: „In an unorganized realm each unit's incentive is to put itself in a position to be able to take care of itself since no one else can be counted on to do so. The international imperative is 'take care of yourself!'“⁴ Die zentralen Akteure innerhalb dieses Systems sind die sogenannten „alike units“ - politisch autonome, rationale und in ihrem Kern identische Staaten, die sich nur in ihrem Machtpotential („capabilities“) unterscheiden.⁵ Im Sinne der neorealistischen Theorie interagieren Staaten im internationalen System laut Waltz aufgrund eines „lack of trust“: Staaten könnten sich zu keiner Zeit über die Intentionen anderer Staaten sicher sein, ohne das eigene Überleben zu gefährden. Unter diesen Bedingungen würden sie deshalb alles daran setzen, ihre eigene Sicherheit zu maximieren oder zumindest zu erhalten.⁶ Um dieses Ziel umsetzen und ihr Überleben im anarchischen System sichern zu können, sind Staaten gezwungen, Macht zu akkumulieren. In Bezug auf diese Machtanhäufung von Staaten entstand in der Folge innerhalb des Strukturrealismus eine Debatte darüber, wie viel

³ WALTZ, KENNETH N.: Theory of international politics. Reading, Massachusetts: Addison-Wesley, 1979, S.103.

⁴ WALTZ, KENNETH N. (1979), *ibid.*, S.107.

⁵ WALTZ, KENNETH N. (1979), *ibid.*, S.95-96.

⁶ WALTZ, KENNETH N.: Man, the state and war: A theoretical analysis. New York: Columbia University Press, 1959, S.183-188.

Macht ein Staat im Internationalen System anhäufen sollte: „How much power is enough?“⁷ Zur Beantwortung dieser Frage bildeten sich schließlich die zwei Varianten des „defensiven“ und des „offensiven“ Strukturrealismus heraus.

Defensiver Strukturrealismus

Defensive StrukturrealistInnen wie Waltz sind der Meinung, dass Staaten im internationalen System nicht versuchen sollten, ihre Macht zu maximieren, weil das zum Balancing gegen sie führen würde - eine relative Machtverschiebung im System würde nämlich durch andere Staaten ausgeglichen und eine Machtasymmetrie somit verhindert werden: „In international politics, success leads to failure. The excessive accumulation of power by one state or coalition of states elicits the opposition of others.“⁸ Um das Provozieren einer Balancing-Strategie gegen den eigenen Staat zu verhindern, sollten Staaten laut Waltz nach einem angemessenen Niveau von Macht („appropriate amount of power“) streben.⁹ In Abgrenzung zum klassischen Realismus nach Morgenthau sei die oberste Maxime eines Staates nicht Machtmaximierung, sondern Sicherheitsmaximierung und das Erhalten ihrer Position im System.¹⁰

Offensiver Strukturrealismus

Offensive StrukturrealistInnen wie John Mearsheimer argumentieren, dass Staaten im internationalen System bei jeder Gelegenheit danach trachten sollten, die eigene Macht auszuweiten: „The overriding goal of each state is to maximize its share of world power, which means gaining power at the expense of other states. States recognize that the more powerful they are relative to their rivals, the better their chances of survival. Indeed, the best guarantee of survival is to be a hegemon, because no other state can seriously threaten such a mighty power.“¹¹ Staaten seien laut Mearsheimer also revisionistisch orientiert und würden so lange eine Ausweitung ihrer Macht anstreben, bis diese eine hegemoniale Form annehme. In Anlehnung an Waltz würden Staaten eine Sicherheitsmaximierung *durch* Machtmaximierung in ihrer aggressivsten Art erreichen. Staaten sollten sich permanent

⁷ MEARSHEIMER, JOHN J.: Structural Realism. In DUNNE, TIMOTHY/KURKI, MILJA/SMITH, STEVE, editors: International relations theories. Oxford: Oxford Univ. Press, 2013, S.72.

⁸ WALTZ, KENNETH N.: The Origins of War in Neorealist Theory. In ROTBERG, ROBERT I., editor: The origin and prevention of Major Wars. Cambridge: Cambridge University Press, 1988, Studies in interdisciplinary History, S.49.

⁹ WALTZ, KENNETH N. (1979): Theory of international politics, *ibid.*, S.40.

¹⁰ WALTZ, KENNETH N. (1979), *ibid.*, S.106.

¹¹ MEARSHEIMER, JOHN J.: The tragedy of Great Power politics. New York: Norton, 2001, The Norton series in world politics, S.2-3.

darum bemühen, eine hegemoniale Machtposition zu erreichen. Im Gegensatz zu Kenneth Waltz ist Mearsheimer der Meinung, dass es im internationalen System seltener zu Balancing, sondern öfter zu Buck-Passing komme.¹² Damit ist eine Verhaltensweise von Staaten gemeint, bei der die Konfrontation mit dem revisionistischen Staat an einen anderen Staat delegiert wird, in der Hoffnung, dass sich dieser der Situation annimmt. Wenn sie also keine gegnerische Balancing-Koalition zu befürchten hätten, könnten Staaten ihren relativen Machtanteil im internationalen System maximieren.

Kuba-Krise als vertane Chance? – „Die Truppe ist bereit wie nie zuvor“¹³

Verlauf und Ausgang der Krise - „One Hell of a gamble“¹⁴

Am 16. Oktober 1962 erfährt die US-amerikanische Regierung durch Luftaufnahmen eines Spionageflugzeugs U-2 von der Existenz sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba. Die Administration Kennedy fordert daraufhin am 22. Oktober die UdSSR in einem Ultimatum zur sofortigen Demontage und Entfernung der Raketen auf. Weiters ruft Präsident Kennedy eine Kommission aus führenden Regierungsmitgliedern (ExComm *Executive Committee of the National Security Council*)¹⁵ ein, welche Vorschläge zum Vorgehen gegen die Atomraketen erarbeiten sollte. Dabei begann sich immer deutlicher abzuzeichnen, dass sich diese Gruppe in zwei Lager spaltete: Auf der einen Seite standen die Befürworter harten militärischen Vorgehens, auf der anderen Seite die Befürworter einer diplomatischen Lösung, welche allerdings „weichere“ militärische Maßnahmen wie eine Seeblockade ein- und weitere militärische Maßnahmen nicht ausschloss. Die beiden Fraktionen wurden später als Falken (hawks) und als Tauben (doves) bezeichnet.¹⁶ Trotz heftigen Plädierens der Stabschefs für eine Invasion verhängte Präsident Kennedy zunächst nur eine Blockade gegen alle Schiffe, die offensiv-militärisches Material nach Kuba bringen wollten. Nach fieberhaften Verhandlungen mit Sowjet-Botschafter Anatoly Dobrynin gelang es Justizminister Robert Kennedy am 22. Oktober schließlich, die Sowjetunion von der Demontage der Raketen auf Kuba zu überzeugen. Wie versprochen verzichteten die USA als Gegenleistung auf eine Invasion Kubas und, wie in

¹² MEARSHEIMER, JOHN J. (2001), *ibid.*, S.140.

¹³ STEININGER, ROLF (2011): Die Kubakrise 1962: Dreizehn Tage am atomaren Abgrund, *ibid.*, S.7.

¹⁴ FURSENKO, ALEKSANDR/NAFTALI, TIMOTHY J.: "One hell of a gamble": Krushchev, Castro, Kennedy, and the Cuban missile crisis 1958 - 1964. London: John Murray, 1997, S.9.

¹⁵ FURSENKO, ALEKSANDR/NAFTALI, TIMOTHY J. (1997), *ibid.*, S.233.

¹⁶ PIOK, ARNOLD: Kennedys Kuba-Krise: Planung, Irrtum und Glück am Rande des Atomkrieges 1960 - 1962. Volume Bd. 11, Diplomica. Marburg: Tectum-Verl., 2003, S.109.

einer Geheimzusage festgelegt, erklärten sich bereit, ihre Jupiter-Atomraketen aus der Türkei abzuziehen.¹⁷ Eine der gefährlichsten Krisen des Kalten Krieges war friedlich zu Ende gegangen. In einem Rückblick auf die Bedrohung und in Anbetracht der 1992 bekannt gewordenen 80 sowjetischen Atombomben auf Kuba meinte der ehemalige US-amerikanische Verteidigungsminister Robert S. McNamara im Jahre 2003: „At the end we lucked out. It was luck that prevented nuclear war. We came that close to nuclear war at the end.“¹⁸

Kuba als „window of opportunity“?

Die strategische Übermacht der USA gegenüber der Sowjetunion zur Zeit der Kuba-Krise betrug laut damaligen Schätzungen rund 4:1 bei den Interkontinentalraketen und insgesamt 17:1 (inklusive Atomsprengköpfe). Damit verfügte Washington um 1962 über eine enorme Erstschlagkapazität – Moskau dagegen nicht einmal über eine ausreichende Zweitschlagkapazität. Rolf Steininger urteilt: „Wäre es zum Äußersten gekommen, wäre die Sowjetunion pulverisiert worden.“¹⁹ Warum trotz dieser militärisch „günstigen“ Umstände aus Sicht der Vereinigten Staaten und trotz genügend Scharfmachern in den eigenen Reihen kein Versuch unternommen wurde, die aktuelle atomare Übermacht gegenüber der UdSSR zum relativen Ausbau der eigenen Machtposition zu nutzen, scheint aus Sicht des offensiven Realismus schwer nachvollziehbar. Das Zeitfenster für einen Angriff schien geeignet, vor allem wenn man berücksichtigt, mit welchen Fehleinschätzungen die amerikanischen Militärs ihre militärischen Vorbereitungen begannen und wie falsch die Art und Anzahl der damaligen capabilities der Sowjetunion eingeschätzt wurden. Die Stabchefs gingen damals davon aus, dass die Sowjetunion keine taktischen Nuklearwaffen auf Kuba stationiert hätten und dass es im Falle einer Invasion Kubas durch die USA keinen organisierten sowjetischen Widerstand geben würde. Dass die Sowjets rund 10.000 Kampftruppen und 80 taktische Atomwaffen auf der kubanischen Insel stationiert hatten, wusste man auf amerikanischer Seite zu dieser Zeit nicht. Umso enthusiastischer sahen die hawks einem möglichen Luftangriff mit anschließender Invasion entgegen. Generalstabschef Curtis LeMay war davon überzeugt, dass diese Mission ein „Spaziergang“²⁰ werden würde. Und der Stabschef der Armee, General Earl

¹⁷ STEININGER, ROLF (2011): Die Kubakrise 1962: Dreizehn Tage am atomaren Abgrund, *ibid.*, S.108.

¹⁸ BLIGHT, JAMES G./LANG, JANET M.: *The fog of war: Lessons from the life of Robert S. McNamara*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield, 2005 (URL: <http://site.ebrary.com/lib/alltitles/docDetail.action?docID=10685840>), S.59.

¹⁹ STEININGER, ROLF: Dem Abgrund entgegen. 2012 (URL: <http://www.zeit.de/2012/41/Kubakrise>) – visited on 24.08.2016.

²⁰ STEININGER, ROLF (2011): Die Kubakrise 1962: Dreizehn Tage am atomaren Abgrund, *ibid.*, S.113.

Wheeler, war nach einer Gruppeninspektion geradezu begeistert von den Vorbereitungen. Etwas Besseres hätte er nach eigener Aussage in seinen ganzen 30 Jahren Militärdienst nicht gesehen: „Wir sind noch niemals so gut vorbereitet gewesen.“²¹

Aufgrund der klaren Bereitschaft vieler Militärs zu einer Invasion und in Anbetracht des Bewusstseins ihrer klaren strategischen Überlegenheit hätten die Vereinigten Staaten im Sinne des offensiven Realismus durchaus mehr Kapital aus der Kuba-Krise schlagen können. Der Luftangriff auf die karibische Insel hätte wohl eine weitere Eskalation des Konflikts mit sich gebracht, ein gezielter atomarer Angriff auf die Sowjetunion hätte den USA aber auch dabei geholfen, ihre Machtposition im internationalen System noch weiter auszubauen. Wendet man zentrale Grundannahmen offensiver RealistInnen wie John J. Mearsheimer auf die Situation in Kuba an, so hätten die Vereinigten Staaten wie offensive RealistenInnen handeln müssen, denn „[e]ven when a great power achieves a distinct military advantage over its rivals, it continues looking for chances to gain more power. The pursuit of power stops only when hegemony is achieved. The idea that a great power might feel secure without dominating the system, provided it has an ‘appropriate amount’ of power, is not persuasive.“²² Zumal man zum einen laut Mearsheimer nie beurteilen könne, wieviel Macht ein Staat gegenüber seinem Gegner besitzen müsse, um sich sicher fühlen zu können und man zum anderen auch nicht voraussehen könne, wie die Machtverteilung im internationalen System in zehn oder zwanzig Jahren ausschauen werde, müssten Staaten jede sich bietende Gelegenheit nützen, um ihr Machtniveau relativ auszuweiten: „Given the difficulty of determining how much power is enough for today and tomorrow, great powers recognize that the best way to ensure their security is to achieve hegemony now, thus eliminating any possibility of a challenge by another great power. Only a misguided state would pass up an opportunity to be the hegemon in the system because it thought it already had sufficient power to survive.“²³ Gemäß dieser Logik und in Anbetracht der klaren Provokation und Sicherheitsbedrohung durch die Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba scheint es umso verwunderlicher, dass ein militärischer Angriff der Vereinigten Staaten ausblieb. Die kubanischen Raketen, obwohl von den Sowjets bis zum Schluss als rein defensive Waffen deklariert, müssen von den USA durchaus als Bedrohung der eigenen Sicherheit wahrgenommen worden sein. Trotz großer Bedenken seiner Generäle entschied sich Präsident Kennedy aber gegen eine militärische Operation und für eine Seeblockade, was vor allem bei Stabschef Wheeler große Enttäuschung

²¹ STEININGER, ROLF (2011), *ibid.*, S.114.

²² MEARSHEIMER, JOHN J. (2001): *The tragedy of Great Power politics*, *ibid.*, S.34.

²³ MEARSHEIMER, JOHN J. (2001), *ibid.*, S.35.

auslöste: „I never thought I’d live to see the day when I would want to go to war.“²⁴

Ein weiterer Faktor, der einen amerikanischen Angriff vermuten lassen hätte können, war der befürchtete Reputations- bzw. Prestigeverlust, den die USA durch die Duldung der Raketen auf Kuba und ihre Entspannungspolitik hinsichtlich Moskaus durch das öffentliche Kräfteressen riskierten – die immer wieder postulierte Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten als Führungsmacht der „Freien Welt“ schien nicht mehr so sicher wie zuvor.²⁵ Dazu kam auch der unter US-Präsident Dwight D. Eisenhower geprägte Begriff der sogenannten „Domino-Theorie“. ²⁶ Die Vereinigten Staaten stellten in diesem Konzept immer wieder die Expansionsbestrebungen der UdSSR und deren kommunistische Ideologie in den Mittelpunkt. Man ging davon aus, dass sobald ein Land in kommunistische Hände fallen würde, benachbarte Länder aufgrund der populistischen Kraft der Ideologie innerhalb kürzester Zeit gemäß der Metapher eines umfallenden Dominosteins ebenfalls dem Kommunismus „aufgeliefert“ seien und sich vom Westen abwenden würden.²⁷

Fasst man die oben genannten Faktoren, die einen Angriff der Vereinigten Staaten auf die Sowjetunion nahezu determinieren hätten müssen, noch einmal zusammen – (1) die klare militärisch-strategische Überlegenheit der USA gegenüber der UdSSR und (2) die damit verbundene hohe Bereitschaft vieler Falken zu einer militärischen Operation, (3) die Möglichkeit einer relativen exzessiven Machtausweitung bis hin zum Erreichen der globalen Hegemoniestellung, (4) die Wahrnehmung der sowjetischen Raketen als klare offensive Bedrohung der eigenen Sicherheit und schließlich (5) das Risiko eines Reputationsverlustes nach außen, verbunden mit einer möglichen Kettenreaktion in anderen südamerikanischen Staaten – so ist die Frage durchaus berechtigt, warum die Eskalation der Krise aller Widrigkeiten zum Trotz letztendlich doch noch abgewendet werden konnte.

Bedeutsam bei der Beantwortung dieser Frage scheint die Erkenntnis, dass entgegen der Grundannahmen Mearsheimers und dessen offensivem Strukturrealismus, die zentrale Strategie im außenpolitischen Handeln der USA nicht revisionistisch, sondern auf die eigene Sicherheit hin orientiert war – man strebte zu keiner Zeit nach einer Machtmaximierung, sondern nach der Wahrung der eigenen Existenz. Aus diesem Grund lässt sich das Phänomen und vor allem der

²⁴ FURSENKO, ALEKSANDR/NAFTALI, TIMOTHY J. (1997), *ibid.*, S.235.

²⁵ KENNEDY, ROBERT: Dreizehn Tage: Wie die Welt beinahe unterging. Volume 2, Reihe Konfliktforschung. 6th edition. Darmstadt: Verl. Darmstädter Blätter, 1988, S.175.

²⁶ Für eine Definition und umfangreiche Erklärung dieses Begriffs siehe Slater, Jerome (1993): *The Domino Theory and International Politics: The Case of Vietnam*, in *Security Studies*, Jg.3, Nr. 2, S. 186-224.

²⁷ FURSENKO, ALEKSANDR/NAFTALI, TIMOTHY J. (1997), *ibid.*, S.78.

Ausgang der Kuba-Krise viel aufschlussreicher unter den Gesichtspunkten des defensiven Strukturrealismus nach Waltz erklären: „In anarchy, security is the highest end. Only if survival is assured can states safely seek such other goals as tranquillity, profit and power. The first concern of states is not to maximize power but to maintain their positions in the system.“²⁸ Dabei nimmt Waltz zwar auch an, dass „survival“ nur mit Macht bzw. den capabilities eines Staates gesichert, dies aber auch ohne hegemonisches Ausmaß der Macht gewährleistet werden könne. Wie im zweiten Abschnitt bereits aufgezeigt, unterscheidet sich seine Theorie vor allem in diesem Punkt und bei der Frage nach dem angemessenen Niveau von Macht, stark von jener Mearsheimers.

Am Beispiel Kubas sehen wir aber, dass es zu keiner Zeit die Intention der Vereinigten Staaten war, ihre Macht auszuweiten und eine Hegemoniestellung im System anzustreben, sondern dass vielmehr von Beginn der Krise an klar war, diese so weit wie möglich friedlich klären zu wollen. Man wollte nur dann zu militärischen Maßnahmen greifen, wenn die Bedrohung des Weltfriedens durch einen verweigerten Abzug der sowjetischen Raketen aus Kuba nicht beseitigt hätte werden können: „Unser Ziel ist nicht der Sieg der Macht, sondern die Aufrechterhaltung des Rechts – nicht Frieden auf Kosten der Freiheit, sondern beides: Frieden und Freiheit.“²⁹

Es muss auch betont werden, dass eine mögliche militärische Operation nach Forderung der Falken außerdem beträchtliche Risiken für die USA barg. Als Antwort auf einen Angriff musste wohl mit klaren (atomaren) Vergeltungsmaßnahmen der Sowjetunion und heftigen Widerständen in Kuba gerechnet werden. Laut Berechnungen von General Sweeney vom „Tactical Air Command“, der einen eventuellen Luftangriff auf Kuba zu befehligen hatte, sei es „sogar unter optimalen Bedingungen unwahrscheinlich, dass bei einem Luftschlag alle lokalisierten Raketen zerstört werden könnten“.³⁰ General Taylor, Vorsitzender der Vereinigten Stabchefs (JCS), pflichtete ihm bei: „Das Beste, das wir Ihnen anbieten können, ist 90 Prozent der bekannten Raketen zu zerstören.“³¹ Für Kennedy schien die Einsatzbereitschaft der verbleibenden 10 Prozent an Waffen und die Möglichkeit von zusätzlichen, noch nicht lokalisierten Raketen ein zu hohes Risiko. Es steht wohl zweifelsfrei fest, dass im Falle einer Invasion Kubas und der damit einhergehenden Zerstörung von 90 Prozent der dort stationierten Raketen die Sowjetunion mit dem eigenen Abschuss nicht gezögert hätte. Sich dieser Bedrohung durch einen darauf folgenden Nuklearkrieg bewusst, entschied sich Kennedy schließlich für eine Seeblockade. Die Verkündung dieser Maßnahme geschah aber nicht ohne eine gleichzeitige Drohung an die UdSSR, dass die Vereinigten Staaten nicht

²⁸ WALTZ, KENNETH N. (1979): *Theory of international politics*, *ibid.*, S.126.

²⁹ KENNEDY, ROBERT (1988), *ibid.*, S.177.

³⁰ PLOK, ARNOLD (2003), *ibid.*, S.122.

³¹ PLOK, ARNOLD (2003), *ibid.*

vor einem eventuellen Gebrauch ihres Nukleararsenals zurückschrecken würden. Ganz im Sinne der Abschreckung meinte Kennedy mit Blick auf Moskau: „Wir werden weder voreilig noch unnötigerweise die Folgen eines weltweiten Atomkrieges riskieren, bei dem selbst die Früchte des Sieges nur Asche auf unseren Lippen wären – aber wir werden auch niemals und zu keiner Zeit vor diesem Risiko zurückschrecken, wenn wir uns ihm stellen müssen.“³²

Wichtig für dieses außenpolitische Handeln der Vereinigten Staaten war die immer wieder klare Betonung der eigenen Sicherheitsbedrohung durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen und gleichzeitig der unermüdliche Einsatz zur Wahrung der eigenen Sicherheit, wie Präsident Kennedy auch in seiner Rundfunk- und Fernsehansprache an die Nation vom 22. Oktober 1962 noch einmal betonte: „Wir leben nicht mehr in einer Welt, in der nur das tatsächliche Abfeuern von Waffen eine solche Bedrohung für die Sicherheit einer Nation darstellt, dass ein Höchstmaß an Gefahr gegeben ist. Nukleare Waffen haben eine derartige Zerstörungskraft und ballistische Raketen sind derart schnell, dass jede wesentlich gesteigerte Möglichkeit für ihren Einsatz oder jede plötzliche Veränderung ihrer standortmäßigen Aufstellung sehr wohl als eine definitive Bedrohung des Friedens angesehen werden kann. (...) Aggressives Verhalten führt, wenn man ihm freien Lauf lässt und keinen Einhalt gebietet, letztlich zum Krieg. Unsere Nation ist gegen den Krieg. Wir stehen auch zu unserem Wort. Unser festes Ziel muss es daher sein, zu verhindern, dass diese Raketen gegen unser oder gegen irgendein anderes Land benutzt werden, und ihre Entfernung oder Beseitigung aus der westlichen Hemisphäre sicherzustellen.“³³

Der von Präsident Kennedy gewählte Mittelweg, als ersten Schritt eine Blockade einzurichten, war ein Kompromiss zwischen den stark divergierenden Positionen von Tauben und Falken. Er vermied damit sowohl den politischen Gesichtsverlust einer Verhandlungslösung, als auch die schwer kalkulierbaren Risiken und Folgen eines direkten militärischen Eingreifens.³⁴

Am 27. Oktober schickt Kennedy seinen Bruder Robert zu einem Geheimtreffen mit dem sowjetischen Botschafter Anatoli Dobrynin und lässt mitteilen, dass die Vereinigten Staaten bei einem Abzug der Raketen Kuba nicht angreifen würden. Außerdem sollten die amerikanischen Raketenbasen in der Türkei abgebaut werden, was jedoch inoffiziell geschehen müsse. Diese Geheimdiplomatie führte schließlich zur gewünschten Lösung der Krise. Einen Tag später stimmt Chruschtschow Kennedys Vorschlag zu. Über Radio Moskau lässt der sowjetische Staatschef den Abzug der Raketen aus Kuba offiziell bekannt geben.

³² KENNEDY, ROBERT (1988), *ibid.*, S.172.

³³ KENNEDY, ROBERT (1988), *ibid.*, S.170-171.

³⁴ PLOK, ARNOLD (2003), *ibid.*, S.120.

Schlussbemerkungen

Untersucht man die Handlungsspielräume und Entscheidungen der USA während der Kuba-Krise wird klar, dass Mearsheimers Theorie des offensiven Strukturrealismus kaum bzw. nur wenig zur Erklärung des außenpolitischen Agierens bzgl. der Konfliktsituation beitragen kann. Auch wenn der defensive Realismus nach Waltz die Kuba-Krise nicht in ihrer Ganzheit erschöpfend zu erklären vermag, gelingt es seinem Ansatz über den Staat als Sicherheitsmaximierer, die Ereignisse und das Verhalten der Vereinigten Staaten im Oktober 1962 aufschlussreicher zu rekonstruieren. Gleichwohl muss betont werden, dass es im Fach der Internationalen Beziehungen von Vorteil ist, verschiedene Perspektiven auf die zu untersuchenden Phänomene anzuwenden und es demnach auch hier gilt, sich die Ereignisse der Kuba-Krise aus unterschiedlichen Blickwinkeln vor Augen zu führen, weil es nur so möglich ist zu verstehen, wie facettenreich diese Krise und wie komplex das System aus Akteuren und der Handlungsspielräume war.

Beide Supermächte bewiesen in diesen Tagen ihr Interesse am Weltfrieden, indem sie versuchten, eine direkte militärische Konfrontation zu vermeiden. Zwischen dem 23. Oktober und dem 28. Oktober standen Präsident Kennedy und Regierungschef Chruschtschow im ständigen Kontakt – ein fortwährender Informations- und Meinungs austausch zwischen den Entscheidungsträgern der beiden Supermächte wurde so möglich. Wie wichtig es dabei war, den Gegner nicht unter Druck zu setzen oder ihn anhand einer militärischen Operation zum Handeln zu zwingen, bringt Robert Kennedy auf den Punkt: „Später dachte ich oft über einige Lehren nach, die sich aus dieser Konfrontation ergaben. Wesentlich war die Zeit, die dem Präsidenten und seinen Beratern zur Verfügung stand, um sich streng vertraulich, in Ruhe und im kleinen Kreis über die Art des Vorgehens klarzuwerden. Wenn unsere Erörterungen veröffentlicht worden wären, wenn wir innerhalb von vierundzwanzig Stunden eine Entscheidung hätten treffen müssen, so wäre der Kurs, den wir schließlich einschlugen, wahrscheinlich ein ganz anders und viel gefährlicher gewesen.“³⁵

Zentral für die Lösung der Kubakrise war wohl, dass sowohl Kennedy als auch Chruschtschow sich der Tragweite ihrer Entscheidungen bewusst waren. Beide versuchten, alle Entwicklungen unter Kontrolle zu behalten, dem politischen Gegner Zeit für seine Entscheidung zu geben und nicht blind auf die Ratschläge ihrer militärischen Berater zu vertrauen. Unmittelbar nach der Kubakrise betonte Präsident Kennedy, dass die Gefahr der Krise gar nicht so sehr darin gesehen worden wäre, dass die Sowjetunion von Kuba aus Raketen auf die USA schießen hätte können, sondern vielmehr, dass dem Anschein nach die balance of power zugunsten der Sowjetunion aus dem Gleichgewicht geraten wäre.³⁶ Abschließend lässt sich somit sagen, dass vor allem die atomare Abschreckung in der Krise eine

³⁵ KENNEDY, ROBERT (1988), *ibid.*, S.110.

³⁶ FURSENKO, ALEKSANDR/NAFTALI, TIMOTHY J. (1997), *ibid.*, S.312.

große Rolle spielte und primär diese Dimension in Kennedys Überlegungen zur Existenzsicherung des eigenen Staates vorkam. Entscheidend dabei war größtenteils die Furcht aufgrund des Wissens, dass selbst einige wenige Atomwaffen eine nicht hinnehmbare Verwüstung anrichten hätten können.

Literaturverzeichnis

- Allison, Graham/Ury, William L.**, editors: *Windows of opportunity: From cold war to peaceful competition in U.S.- Soviet relations*. Cambridge, Mass.: Ballinger, 1989
- Blight, James G./Lang, Janet M.**: *The fog of war: Lessons from the life of Robert S. McNamara*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield, 2005 (URL: <http://site.ebrary.com/lib/alltitles/docDetail.action?docID=10685840>)
- Fursenko, Aleksandr/Naftali, Timothy J.**: "One hell of a gamble": Krushchev, Castro, Kennedy, and the Cuban missile crisis 1958 - 1964. London: John Murray, 1997
- Kennedy, Robert**: *Dreizehn Tage: Wie die Welt beinahe unterging*. Volume 2, Reihe Konfliktforschung. 6th edition. Darmstadt: Verl. Darmstädter Blätter, 1988
- Mearsheimer, John J.**: *The tragedy of Great Power politics*. New York: Norton, 2001, The Norton series in world politics
- Mearsheimer, John J.**: *Structural Realism*. In **Dunne, Timothy/Kurki, Milja/Smith, Steve**, editors: *International relations theories*. Oxford: Oxford Univ. Press, 2013, 71–88
- Piok, Arnold**: *Kennedys Kuba-Krise: Planung, Irrtum und Glück am Rande des Atomkrieges 1960 - 1962*. Volume Bd. 11, *Diplomica*. Marburg: Tectum-Verl., 2003
- Slater, Jerome**: *The domino theory and international politics: The case of Vietnam*. *Security studies*, 3 1993 No. 2, 186–224
- Steininger, Rolf**: *Die Kubakrise 1962: Dreizehn Tage am atomaren Abgrund*. München: Olzog, 2011
- Steininger, Rolf**: *Dem Abgrund entgegen*. 2012 (URL: <http://www.zeit.de/2012/41/Kubakrise>) – visited on 24.08.2016
- Waltz, Kenneth N.**: *Man, the state and war: A theoretical analysis*. New York: Columbia University Press, 1959
- Waltz, Kenneth N.**: *Theory of international politics*. Reading, Massachusetts: Addison-Wesley, 1979

Waltz, Kenneth N.: The Origins of War in Neorealist Theory. In **Rotberg, Robert I.,** editor: The origin and prevention of Major Wars. Cambridge: Cambridge University Press, 1988, Studies in interdisciplinary History, 39–52

Die Afrikanische Union und ihre Suche nach eigenständiger, regionaler Friedenssicherung

Ruben Lackner

Einleitung

Der afrikanische Kontinent ist seit der Entkolonialisierung durch zahlreiche innerstaatliche Konflikte destabilisiert. Diese Destabilisierung geht, wie in Somalia, bis hin zum Staatszerfall. Hinzu kommen häufig stattfindende nicht-konstitutionelle Regierungswechsel, gewaltsame Revolutionen und terroristische Bewegungen, welche den innerstaatlichen Frieden in vielen afrikanischen Staaten massiv gefährden. Der afrikanische Kontinent gehört daher zu den weltweit kritischsten Regionen. Diese Besonderheit stellt die Herstellung und Wahrung von Frieden und Sicherheit vor große Probleme. Auf der einen Seite wuchs mit dem Beginn der Entkolonialisierung Afrikas ab den 1950er Jahren die Sehnsucht nach einem in Frieden vereinten Kontinent. Aus dieser Sehnsucht der panafricanischen Bewegung wurde mit der Gründung der Afrikanischen Union (AU) im Jahr 2002 ein realpolitischer Anspruch.¹ In der Folge wurde eine Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) etabliert. Die Charta und konstitutionelle Sicherheitsarchitektur decken sich mit der Charta der Vereinten Nationen (VN) und verkörpern den Geltungsanspruch der AU nach Selbstpazifizierung und Eigenständigkeit bei der regionalen Friedenssicherung. Dieser Anspruch schließt jedoch eine internationale Kooperation bei der Friedenssicherung nicht aus. Auf der anderen Seite hat die Mehrheit der Staaten der internationalen Gemeinschaft ebenfalls ein Interesse daran, die regionale Friedenssicherung in Afrika der AU zu überlassen, denn diese war stets mit enormen finanziellen und materiellen Kosten verbunden. Zudem haben die weniger erfolgreichen UN-Friedensmissionen in Somalia (1992-1993) und Ruanda (1993-1996) das Vertrauen in international geführte

¹ Sie wurde als Nachfolgeinstitution der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) gegründet und ihr gehören, bis auf Marokko, alle afrikanischen Staaten an.

Friedensmissionen nachhaltig erschüttert.² Heute herrschen in den Regionen nach wie vor verheerende Zustände. Und wenn bei enorm hohen finanziellen und materiellen Kosten ein Erfolg ausbleibt, sinken die Bereitschaft und das Engagement. Außerdem sehen sich unter UN-Mandat intervenierende Staaten häufig dem Vorwurf des Neuen Kolonialismus ausgesetzt. Diese Furcht, ob berechtigt oder nicht, ist auch ein Ausdruck von fehlendem Vertrauen und zeigt: Die Legitimation international geführter Friedenssicherung wird von afrikanischen Staaten missbilligt oder zumindest angezweifelt. Über eine notwendige Regionalisierung der Friedenssicherung in Afrika sind sich sowohl die AU, als auch die Mehrheit der internationalen Gemeinschaft einig. Die AU als Regionalorganisation kann einen eigenständigen Bestandteil des kollektiven Sicherheitssystems der VN darstellen, denn theoretisch ist der Sicherheitsrat der VN dazu befähigt, die regionale Friedenssicherung an Regionalorganisationen zu übergeben. Dies sieht auch das Subsidiaritätsprinzip nach Kapitel VIII der UN-Charta vor.³ Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum es der Afrikanischen Union nicht gelingt, ihren Anspruch nach Eigenständigkeit bei der Friedenssicherung und dem afrikanischen Wunsch nach Selbstpazifizierung nachzukommen. Es wird daher im Folgenden gezeigt werden, dass die AU und die afrikanischen Regional Economic Communities (RECs) in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen, welches aber überwunden werden kann. Anschließend wird der völkerrechtliche Rahmen regionaler Friedenssicherung analysiert und schlussfolgernd aufgezeigt, dass die völkerrechtliche Eigenständigkeit der AU in diesem Zusammenhang von einer ihr gutgesinnten externen Interessenslage abhängig bleibt. Darauf aufbauend werden sowohl die Interessen externer Akteure als auch die Interessen interner Akteure bezüglich der regionalen Friedenssicherung durch die AU aufgezeigt. Dabei konzentriert sich die Arbeit überwiegend auf die externe finanzielle und materielle Subventionierung, welche einer Eigenständigkeit der AU, wie aufgezeigt werden wird, letztendlich entgegenwirkt. Abschließend wird gezeigt werden, dass die AU ihrem Geltungsanspruch nach Eigenständigkeit bei der regionalen Friedenssicherung aufgrund der oben angeführten Aspekte nicht nachkommen kann. Diese Arbeit führt zu weiten Teilen den bisherigen Forschungsstand neu zusammen. Die Arbeiten von Murithi (2005), Akopari et al. (2008) sowie Makinda und Okumu (2008) führen jeweils der AU entgegenwirkende Aspekte an. Allerdings liegt der Fokus dieser Arbeiten auf der institutionellen Beschaffenheit der AU und ihrer Entstehung. Anknüpfungspunkte bezüglich der oben angeführten Problemstellung findet man zusätzlich in Arbeiten von Tagwerker (2001), Staggl

² Vgl. PETRETTO, KERSTIN: Die Rolle der Regionalorganisation im System kollektiver Friedenssicherung der Vereinten Nationen, dargestellt an der Region Afrika : Möglichkeiten und Grenzen regionaler Konfliktbearbeitung: Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung, Nr. 44. München, 2005, S. 33.

³ Vgl. Vereinte Nationen Charta, Kapitel VIII, Artikel 52.

(2012) und auch Wanitschek (2008). Dennoch besteht Nachholbedarf dahingehend, dass die der Eigenständigkeit der AU bei der regionalen Friedenssicherung entgegenwirkenden Aspekte miteinander verbunden betrachtet werden müssen. Es werden folglich die zentralsten Aspekte diskutiert und anschließend zusammengefasst.

Konkurrierende Zuständigkeiten in Afrika

Der Regionalismus in Afrika ist kein Prozess, erst mit der Gründung der AU im Jahre 2002 seinen Anfang nahm. Schon parallel zur Vorgängerorganisation OAU entstanden subregionale Einrichtungen, die so genannten Regional Economic Communities (RECs), die zu einer geographisch überschaubaren wirtschaftlichen Integration beitragen sollten. Sie sind grob nach den fünf geographischen Regionen Afrikas, Nord-, Süd-, West-, Ost- und Zentralafrika gegliedert und von unterschiedlichstem konstitutionellem Charakter. Auch ihre Einflussosphäre und Kooperationsintensität sind äußerst unterschiedlich. Diesbezüglich von entscheidender Bedeutung ist einerseits die Economic Community of West African States (ECOWAS) und andererseits die Southern African Development Community (SADC).⁴ Ihre Wirtschafts- und Integrationsleistung übersteigt die der anderen afrikanischen RECs, hauptsächlich aufgrund von Wirtschaftsnationen Nigeria beziehungsweise Südafrika. Im Gegensatz zur Vorgängerorganisation wurden sie, wie die Intervention der ECOWAS in Liberia 1990 zeigt, auch im Bereich der regionalen Friedenssicherung tätig und förderten die Kooperation im Bereich des Konfliktmanagements.⁵ Doch jede der nach Kapitel VIII der UN-Charta als Regionalorganisationen anerkannten RECs beschränkte sich auf das jeweilige geographische Einflussgebiet. Dadurch waren die Geltungsansprüche klar geregelt. Erst mit der Gründung der AU und ihrer panafrikanischen Sicherheitsarchitektur, also ihrem gesamtafrikanischen Geltungsanspruch, entstand im Bereich der regionalen Friedenssicherung eine Konkurrenz um die Hoheit der Zuständigkeiten. Und obwohl die RECs und die AU auf verschiedenen Ebenen, subregional und regional, angesiedelt sind, sind sie als Regionalorganisationen nach Kapitel VIII der UN-Charta völkerrechtlich gleichgestellt. So bleibt völkerrechtlich ungeklärt, welche Regionalorganisation in Afrika eine Vorrangstellung im Bereich der regionalen Friedenssicherung hat. Darüber hinaus versäumte es die als Nachfolgeorganisation gegründete AU, die subregionalen Organisationen von Anfang an in die panafrikanische Sicherheitsarchitektur voll einzugliedern. So wird zwar im Gründungsprotokoll des Peace & Security Council (PSC), dem zentralsten Sicherheitsorgan der AU, festgelegt, dass die Harmonisierung, Koop-

⁴ Vgl. PETRETTO, KERSTIN (2005), *ibid.*, S. 38.

⁵ Vgl. STAGGL, ANDREAS: Die Friedens- und Sicherheitsarchitektur der Afrikanischen Union: Anspruch - Probleme - Ausblick. Saarbrücken: AV Akademikerverlag, 2012, S. 64.

eration und Koordination mit regionalen Mechanismen zur Friedenssicherung ausgedehnt werden soll.⁶ Der panafrikanische Geltungsanspruch wurde von der AU allerdings selbst festgelegt. Die RECs hatten keinen Einfluss darauf und sahen sich folglich in ihren subregionalen Geltungsansprüchen verletzt. Als kontinentale Organisation begreift die AU sich als Hauptorganisation für regionale Friedenssicherung in Afrika. Zwar erkennt auch der Constitutive Act der AU die Wichtigkeit der RECs an, doch bezieht sich Artikel 3 (l) auf das Erreichen der Ziele der AU.⁷ Die RECs sind vor allem aufgrund ihrer Expertise und Erfahrung in regionaler Friedenssicherung von entscheidender Bedeutung und bekommen dementsprechend von der AU ihren Platz zugewiesen. Dies zeigt, dass sie für AU vor allem ein Hilfsmittel auf dem Weg zur Selbstpazifizierung sind. Dieses Vorgehen der AU löst allerdings nicht das Problem der konkurrierenden Zuständigkeiten.

Mit dem Memorandum of Understanding (MoU) im Jahre 2008 wurden die gemeinsame Zusammenarbeit sowie gemeinsame Ziele erstmals institutionalisiert.⁸ Dies betrifft vor allem die African Standby Force (ASF) und das kontinentale Frühwarnsystem der AU. Es sind die RECs, welche jeweils Truppenkontingente für die ASF zur Verfügung stellen und das kontinentale Frühwarnsystem überhaupt erst ermöglichen sollen. Die RECs handeln somit aus eigenem Willen heraus im Dienste der AU.⁹ Es ist ein nicht uneigennütziges Entgegenkommen, denn sie sichern sich dadurch zur Gänze ihre Existenzberechtigung. Sprich sie kommen der AU zuvor. Zudem kommt ihnen zusätzlich die wichtige Rolle als eigenständige Regionalorganisationen zu. So ist es den RECs als völkerrechtliche Regionalorganisationen auch erlaubt eigenständige Friedensmissionen durchzuführen. Diese gegenseitigen Zugeständnisse und die Tatsache, dass fast alle Staaten Afrikas sowohl Mitglied der AU als auch Mitglied einer subregionalen Organisation sind, untergraben den Geltungsanspruch der RECs und den der AU. Das gegenseitige Entgegenkommen birgt die Gefahr in sich, dass in der Ausübung der Friedenssicherung stets vorverhandelt und koordiniert werden muss. Ein schnelles Intervenieren wird erschwert. Zudem ist es auch an den einzelnen Nationalstaaten zu beurteilen, welcher Regionalorganisation der Vorrang bei der Friedenssicherung zu geben ist. Doch die Nationalstaaten stehen vor folgendem Problem: Die RECs als traditionelle und geographisch überschaubare Integrationsmechanismen genießen höheres Vertrauen und damit höhere Legitimi-

⁶ Vgl. AU, Protocol relating to the establishment of the Peace and Security Council of the African Union, Artikel 7 (j).

⁷ Vgl. MAKINDA, SAMUEL M./OKUMU, F. WAFULA: *The African Union: Challenges of globalization, security, and governance*. London: Routledge, 2008, Routledge global institutions, S. 48.

⁸ Vgl. AU, Memorandum of Understanding, Artikel III.

⁹ Vgl. MAKINDA, SAMUEL M./OKUMU, F. WAFULA (2008), *ibid.*, S. 90f..

tät. Die AU hingegen bietet die Chance zu einer homogenen, panafrikanischen Friedenssicherung. Betrachtet man nun den Status Quo, beziehungsweise die gegebenen konkurrierenden Zuständigkeiten, so besteht für die AU nur die Hoffnung, dass die RECs aus eigenem Willen heraus der AU die Vorrangstellung überlassen und somit verstärkt in den Hintergrund rücken. Es wäre vor allem an den zwei einflussreichsten RECs, der ECOWAS und der SADC, diesen Schritt zu unternehmen. Doch aufgrund der internen Vormachtstellung von Nigeria und Südafrika ist dies kaum zu erwarten. Beide müssten sich freiwillig ein Stück regional entmachten. Schließlich sind die RECs die ideale regionale Plattform zur Wahrung und Umsetzung nationalstaatlicher Interessen. In der AU wird dies allein durch die große Anzahl an Mitgliedern sehr erschwert. Nun ist das Vorantreiben der Koordination und Harmonisierung zwischen AU und den RECs seit 2008 ein erster, wenn auch verspäteter Schritt in die richtige Richtung, aber er reicht bei weitem nicht aus, um den friedenssichernden Herausforderungen im heutigen Afrika zu begegnen. Die konkurrierenden Zuständigkeiten und das Fehlen einer eindeutigen Vorrangstellung einer Regionalorganisation bei der regionalen Friedenssicherung bleiben erhalten.

Völkerrechtliche Grenzen regionaler Friedenssicherung

Um dem Anspruch nach Eigenständigkeit bei der regionalen Friedenssicherung gerecht zu werden, verfügt die AU über eine Sicherheitsarchitektur, die es ihr zumindest theoretisch erlaubt, den Herausforderungen afrikanischer Friedenspolitik zu begegnen. Sie ist an die der VN angelehnt und stellt ebenfalls ein System der kollektiven Sicherheit dar, wenn auch auf regionaler Ebene. Außerdem ist sie mit den Zielen und Prinzipien der VN vereinbar und daher auch völkerrechtlich für die Friedenssicherung geeignet. So verfügt die AU im Rahmen des PSC, in dem kein Vetorecht besteht, über ein System zur friedlichen Streitbeilegung, das im Falle eines Bruchs des Friedens zuerst angewandt werden kann.¹⁰ Doch die Satzung der AU geht einen Schritt weiter. Nach Artikel 4 (h) des Constitutive Act kann die Hauptversammlung der AU einer Intervention in einem Mitgliedsland zustimmen, wenn es sich um schwerwiegende Umstände wie Völkermord, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelt. Dadurch versucht die AU dem traditionell stark ausgeprägten Nichteinmischungsgebot entgegenzuwirken und sich somit neuen sicherheitspolitischen Gegebenheiten anzupassen.¹¹ Dadurch würde unmissverständlich die ebenfalls verbrieftete Souveränität eines Mitgliedsstaates bewusst verletzt. Das Prinzip der

¹⁰ Vgl. MAKINDA, SAMUEL M./OKUMU, F. WAFULA (2008), *ibid.*, S. 48.

¹¹ Vgl. HUTCHFUL, EBOE: From Military Security to Human Security. In AKOKPARI, JOHN/NDINGA-MUVUMBA, ANGELA/MURITHI, TIM, editors: *The African Union and Its Institutions*. Chicago: Jacana Media, 2008, S. 70-74.

Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten¹² wird dadurch massiv relativiert. Diese Möglichkeit ist mit Risiko behaftet, da es zu missbräuchlicher oder aber unüberlegter Anwendung kommen kann. Aber nichtsdestotrotz bietet sie auch die Möglichkeit einer schnellen und effizienten Intervention im Falle schwerwiegender Umstände. In Anbetracht der instabilen Lage vieler afrikanischer Staaten und der komplexen Akteurs-Konstellation bietet diese Möglichkeit die Chance, Frieden herzustellen und zu wahren.¹³ Regionen wie Zentralafrika zeigen deutlich, dass sich Konflikte grenzüberschreitend ausdehnen und damit Nachbarstaaten zusehends destabilisieren können.¹⁴ Zudem scheitern friedliche Streitbelegungen oft schon daran, die Konfliktparteien an einen Verhandlungstisch zu bewegen. Bei ethnischen Konflikten wie in Ruanda zeigt sich dies deutlich.¹⁵ Ausgehend von ihrer Sicherheitsarchitektur wäre die AU mit einer Legitimation der Mehrheit der Hauptversammlung – auch bei schwersten Störungen des Friedens und der Sicherheit – eigenständig in der Lage, der Situation wenn nötig auch militärisch zu begegnen. Doch nach Kapitel VII der UN-Charta handelt es sich dabei um Friedenserzwingung, also um Zwangsmaßnahmen gegen einen Staat und über die Entscheidungskompetenz ihrer Anwendung verfügt allein der UN-Sicherheitsrat.¹⁶ In der Folge sind die reale Handlungsfähigkeit der AU und ihre Eigenständigkeit in der regionalen Friedenssicherung massiv eingeschränkt. Sie liegt weit hinter ihren möglichen Handlungspotentialen und Ansprüchen, denn die völkerrechtliche Eigenständigkeit der AU beschränkt sich im Grunde auf die Möglichkeit zur friedlichen Streitbeilegung.¹⁷ Sobald diese wirkungslos bleibt, verliert sie jede Handlungseigenständigkeit. Nun kann eingewendet werden, dass die AU nach Kapitel VIII Artikel 53 (1) der UN-Charta durchaus auf Anfrage oder Weisung die Eigenständigkeit zur Durchführung von Zwangsmaßnahmen vom UN-Sicherheitsrat erhalten kann. So kann die AU mit einem Mandat zur Friedenssicherung betraut werden. Sogar ein „robustes“¹⁸ Mandat

¹² Vgl. AU, Constitutive Act, Article 4(g).

¹³ Vgl. MURITHI, TIMOTHY: *The African Union: Pan-Africanism, peacebuilding and development*. Aldershot: Ashgate, 2005, S. 100.

¹⁴ Die paramilitärische Gruppe "Lord's Resistance Army" (LRA) ist im Grenzgebiet zwischen der Demokratischen Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik und dem Südsudan aktiv.

¹⁵ In Ruanda kam es in den 1990er Jahren am Ende und Höhepunkt zweier Bürgerkriege zwischen den sich seit Jahrzehnten verfeindeten Ethnien der Tutsi und Hutu zum Völkermord der Hutu-Mehrheit an der Tutsi-Minderheit.

¹⁶ Vgl. Vereinte Nationen Charta, Kapitel VII.

¹⁷ Vgl. TAGWERKER, NATHALIE: *Das Verhältnis der regionalen Sicherheitsmechanismen der OAU und der künftigen Afrikanischen Union zu den Vereinten Nationen nach Kapitel VIII SVN*. 2001, S. 34.

¹⁸ Es beinhaltet den Einsatz von Waffen zur Selbstverteidigung, zur Verteidigung der Mission und Zivilisten.

kann übertragen werden. Dies trifft zu, vorausgesetzt die fünfzehn Mitglieder des UN-Sicherheitsrats kommen in Einigkeit zu diesem Entschluss. Schon ein gesetztes Veto eines ständigen Mitglieds reicht aus, um der AU die Hände zu binden. Das heißt nicht zwingend, dass sie der Willkür ausgesetzt ist, aber es verdeutlicht, dass ihre Eigenständigkeit bei der regionalen Friedenssicherung von einer ihr gutgesinnten Interessenslage im UN-Sicherheitsrat abhängig bleibt. Diese völkerrechtlich gezogene Grenze wird dem Anspruch der AU nach Selbstpazifizierung nicht gerecht. Schließlich sollte die Gründung der AU auch eine Abkehr vom traditionellen Nichteinmischungsgebot der afrikanischen Staaten bedeuten.¹⁹ Die größere Bedeutung, welche der Möglichkeit zur Intervention als wirksames Konfliktmanagement zukommt, ist auch der Versuch der AU, aus der Vergangenheit zu lernen und sich der Gegenwart anzupassen. Diese Anpassung bleibt, aufgrund regionaler Erfahrungen, durch den Artikel 4 (h) des Constitutive Act jedoch faktisch bedeutungslos.

Wie eingangs beschrieben, hat die internationale Gemeinschaft der VN ein Interesse daran, sich der Kosten der afrikanischen, regionalen Friedenssicherung zu entledigen und diese der AU zu übertragen. Dieser Prozess der Regionalisierung kann nicht von heute auf morgen geschehen, denn ihm sind klare völkerrechtliche Grenzen gesetzt. Die Priorität bei der regionalen Friedenssicherung ist völkerrechtlich nicht eindeutig geregelt. Es kann bei der friedlichen Konfliktbeilegung eine Priorität von Regionalorganisationen nach Kapitel VIII Artikel 52 (1) – (3) konstatiert werden. Die Konfliktparteien seien verpflichtet, zunächst die AU mit der Streitbeilegung zu befassen. Danach hat die AU alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um eine friedliche Streitbeilegung herbeizuführen. Der UN-Sicherheitsrat erhält erst dann die Handlungskompetenz, wenn sich regionale Maßnahmen als unzureichend erweisen.²⁰ Aber diese völkerrechtliche Grenze wird dem Geltungsanspruch der AU nach Eigenständigkeit nicht gerecht. Außerdem hindert sie die internationale Gemeinschaft daran, die regionale Friedenssicherung Stück für Stück an die AU zu übergeben. Denn erstens ist es nicht an ihr darüber zu entscheiden, da die Handlungs- und Entscheidungskompetenz beim UN-Sicherheitsrat liegt und zweitens kann auch dieser seine Handlungskompetenz „nur“ stellvertretend, aber nicht grundsätzlich übertragen.²¹ Um den Regionalismus ernsthaft voranzutreiben, müsste jedoch die Einbindung regionaler Organisationen mit einer weitreichenderen Übertragung von Entscheidungs- und Handlungskompetenz einhergehen, um letztendlich nicht zu einem guten Vorsatz zu verkommen. Damit ist eben nicht

¹⁹ Vgl. STAGGL, ANDREAS (2012), *ibid.*, S. 42.

²⁰ Vgl. TAGWERKER, NATHALIE (2001), *ibid.*, S. 165f.

²¹ Mit einem UN-Mandat nach Kapitel VIII Artikel 53 (1) werden Friedensmissionen „nur“ stellvertretend für die VN durchgeführt.

das Subsidiaritätsprinzip nach Kapitel VIII Artikel 53 (1) gemeint. Wie oben aufgezeigt wurde, bleibt dieses Prinzip von der gutgesinnten Interessenslage des UN-Sicherheitsrats abhängig. Ein weiteres Problem bleibt: Das Subsidiaritätsprinzip kann zwar auf guten Willen des UN-Sicherheitsrats ausgedehnt werden, aber ohne eine Reform der veralteten Strukturen der VN kann eine vollständige Eigenständigkeit von Regionalorganisationen nicht erreicht werden. Die Kompetenz des UN-Sicherheitsrats müsste zugunsten aller weltweiten Regionalorganisationen eingeschränkt werden. Wie bekannt, braucht es für grundsätzliche Reformen der UN-Charta eine Zweidrittel-Mehrheit der Generalversammlung sowie des UN-Sicherheitsrats und der Zustimmung aller fünf ständigen Mitglieder.²² Die fünf ständigen Mitglieder würden sich de facto zu Gunsten der Regionalorganisationen selbst entmachten und dies bleibt unwahrscheinlich. Hinzu kommt ihr verbrieftes Vetorecht. Würde nur ein Veto gesetzt, wäre die Reform gescheitert. Die Abhängigkeit der AU vom UN-Sicherheitsrat bleibt so zementiert und ohne dessen guten Willen nicht aufhebbar. Er kann der AU mehr Eigenständigkeit bei der regionalen Friedenssicherung zugestehen, was durchaus schon der Fall ist. Dies hängt damit zusammen, dass das System kollektiver Sicherheit, in der Anwendung der UN-Charta, mehr im Hinblick auf humanitäre Sicherheit angewendet wird.²³ Dennoch ist der Regionalisierung der Friedenssicherung und somit auch der AU, durch die veraltete Struktur der UN, eine klare Grenze gesetzt.

Hindernde interne und externe Interessen

In den vorangegangenen zwei Kapiteln wurde aufgezeigt, mit welchen Kompetenzstreitigkeiten und Handlungseinschränkungen sich die AU bei der regionalen Friedenssicherung konfrontiert sieht. Nachdem ihre Beziehung und ihr Verhältnis zur subregionalen Ebene aufgezeigt wurden, widmete sich das darauffolgende Kapitel ihrem Verhältnis zum Völkerrecht der VN, also der internationalen Ebene, und dem sich daraus ergebenden Handlungsspielraum. Im Folgenden werden die der eigenständigen regionalen Friedenssicherung der AU gegenläufigen Interessen externer und interner Akteure untersucht. Mit dem Begriff der externen Interessen sind die Interessen von Akteuren außerhalb der Organisation der AU gemeint. Interne Interessen sind die Interessen der Mitgliedsstaaten der AU. Von zentraler Bedeutung sind vor allem externe nationalstaatliche Akteure, die Europäische Union (EU) und die Mitgliedsstaaten der AU selbst. Nationalstaaten sind auf die Wahrung eigener Interessen bedacht. Zudem versuchen sie diese gegenüber anderen Nationalstaaten durchzusetzen. Auch Institutionen bieten eine Plattform zur Wahrung und Durchsetzung eigener nationalstaatlicher In-

²² Vgl. Vereinte Nationen Charta, Kapitel XVIII, Artikel 108.

²³ Vgl. PETRETTO, KERSTIN (2005), *ibid.*, S. 18f..

teressen. Aber sie treten auch selbst als eigenständige Interessensvertreter auf und sind als ein Akteur auf die Wahrung ihrer Interessen bedacht. Die globale Institutionalisierung und das Völkerrecht der UN-Charta haben es fast unmöglich gemacht, mit militärischen Mitteln den nationalen Interessen Geltung zu verschaffen. Aus diesem Grund sind die Formen von Interessensvertretung und -wahrung subtiler geworden. Externe Akteure können auf verschiedenste Weise ihre Interessen in Afrika geltend machen. Die Problematik, die sich aus der herausragenden Stellung des UN-Sicherheitsrats ergibt, wurde bereits angeführt.²⁴ Jedes ständige Mitglied des UN-Sicherheitsrats ist ein Nationalstaat mit vitalen Interessen und vertritt daher zwangsläufig auch im UN-Sicherheitsrat seine eigenen nationalstaatlichen Interessen. Da jedes dieser Länder über eine (Veto-)Stimme, also Entscheidungskompetenz verfügt, ist es ihm erlaubt Entscheidungen auch gegen den Willen anderer Staaten oder internationaler Akteure zu beeinflussen, soweit sie in der Zuständigkeit des UN-Sicherheitsrats liegen.²⁵ Wie in Kapitel 3 erläutert, kann dies den Grad der Eigenständigkeit der AU bei der regionalen Friedenssicherung beeinflussen. Wenn ein ständiges Mitglied, aus welchen konkreten Motiven auch immer, kein Interesse daran hat, dass die AU in einer Krisenregion verstärkt tätig wird, so ist es ihm möglich durch das Setzen seines Vetos zu verhindern, dass sie nach Kapitel VIII Artikel 53 (1) der UN-Charta ein UN-Mandat zur Durchführung von Zwangsmaßnahmen erhält. Der Grad der Eigenständigkeit kann daher durch die Interessenswahrung eines ständigen Mitglieds des UN-Sicherheitsrats eingeschränkt werden. Seit den neunziger Jahren hat der UN-Sicherheitsrat zudem in mehreren Fällen, wie in Somalia 1992 und Ruanda 1994, die Durchführung von Zwangsmaßnahmen ausgelagert. Statt der UN-Organen wurden bestimmte zur Intervention bereite Staaten zum Gewalteintritt ermächtigt.²⁶ Häufig, wie aktuell bei der Friedensmission in Mali, bei der Frankreich durch ein UN-Mandat ermächtigt wurde, bergen diese Maßnahmen gegebenenfalls die Gefahr der Provokation. Auch an der Elfenbeinküste ist Frankreich immer noch militärisch präsent. Der Grund dafür ist nicht, dass Frankreich als Ex-Kolonialmacht sich in der Verantwortung für seine Ex-Kolonien sieht, sondern weil Frankreich dadurch subtil die Chance wahrnehmen kann, seine nationalstaatlichen Interessen im Einflussgebiet regionaler Friedenssicherung der AU durchzusetzen, sozusagen unter dem Deckmantel der Friedensmission.²⁷ Es kann entgegnet werden, dass diese Einsätze hauptsächlich zur Unterstützung der regionalen Friedenssicherung der AU dienen. Dem soll auch gar nicht wider-

²⁴ Vgl. Kapitel 3. Völkerrechtliche Grenzen regionaler Friedenssicherung.

²⁵ Vgl. MURITHI, TIMOTHY (2005), *ibid.*, S. 98f..

²⁶ Vgl. DÖRR, OLIVER: Das völkerrechtliche Gewaltverbot und die Vereinten Nationen. In VARWICK, JOHANNES/ZIMMERMANN, ANDREAS, editors: *Die Reform der Vereinten Nationen - Bilanz und Perspektiven*. Berlin: Duncker & Humblot, 2006, S. 162f..

²⁷ Vgl. MURITHI, TIMOTHY (2005), *ibid.*, S. 46.

sprochen werden. Die Folge ist jedoch häufig ein extern herbeigeführter Wechsel der Führungskreise, durch den der Anspruch der AU nach Selbstpazifizierung massiv unterminiert wird.²⁸ Es zeigt sich stets folgendes Dilemma: Eine selbstständige Ermächtigung zur Friedenserzwingung durch die AU hätte den Vorteil größerer regionaler Akzeptanz und Flexibilität bezüglich des Konfliktmanagements, doch sie ist völkerrechtswidrig. Eine völkerrechtskonforme Ermächtigung zur Friedenserzwingung von externen Nationalstaaten ist hingegen von geringer regionaler Akzeptanz und Flexibilität bezüglich des Konfliktmanagements. Denn Einsätze externer Nationalstaaten sind meist nur von zeitlich begrenzter Dauer und geographisch begrenzter Wirksamkeit. Wenn damit der AU zur Eigenständigkeit verholphen werden soll, ist das nur punktuell der Fall. Vielmehr sorgt es aber dafür, dass externen Nationalstaaten größeres Vertrauen wie der panafrikanischen Organisation, die Teil des kollektiven Sicherheitssystems der VN ist, bei der regionalen Friedenssicherung in Afrika zukommt.

Ein weiterer Aspekt, welcher die AU an einer Eigenständigkeit bei der regionalen Friedenssicherung hindert, ist die Tatsache, dass die Friedenssicherung in Afrika exzessiv von externen Akteuren finanziert wird. Die VN waren und sind zum Beispiel finanziell maßgeblich daran beteiligt, dass Friedensmissionen wie in Darfur zustande kamen.²⁹ Akteure wie die Europäische Union subventionieren die Sicherheitsarchitektur der AU mit enormen Summen mit dem Ziel, die panafrikanische Organisation endlich auf eigene Beine stellen zu können. Aber es besteht auch aufgrund eigener Sicherheitsstrategien der Akteure das Interesse an einer stabilen sicherheitspolitischen Lage in Afrika. So wurde das Budget der AU aus dem Jahre 2012 zu 51% von externen Akteuren finanziert.³⁰ Aber die Intensität der finanziellen Unterstützung und das internationale Engagement bei Friedensmissionen in Afrika führen dazu, dass die Mitgliedstaaten sich ihrer Verantwortung entziehen. Die Subventionierungen verlangsamten eine fortschreitende Eigenständigkeit der AU, obwohl das Gegenteil beabsichtigt ist. Das Kalkül ist folgendes: Wenn die internationale Gemeinschaft und einzelne externe Akteure, wie die EU, ein so fundamentales Interesse an einem stabilen Afrika haben und darüber hinaus große Teile der regionalen Friedenssicherung tragen und finanzieren, entledigen sich die Mitgliedsstaaten der AU ihrer Verpflichtungen. Sie sparen Kosten durch die unterlassene Finanzierung der AU-Sicherheitsarchitektur und Mobilisierung von Ressourcen. Dies erklärt, warum viele Staaten nur unregelmäßig oder nur teilweise ihren AU-Zahlungen und Beitragsverpflichtungen

²⁸ Vgl. MURITHI, TIMOTHY (2005), *ibid.*, S. 47.

²⁹ Vgl. WANITSCHKE, ANNA: *Der Darfur Konflikt, die Afrikanische Union, die Vereinten Nationen und der Internationale Strafgerichtshof. Von Friedensutopien, politischer Repression und internationaler Apathie.* Diplomarbeit Innsbruck, 2008, S. 49.

³⁰ Vgl. STAGGL, ANDREAS (2012), *ibid.*, S. 60.

nachkommen.³¹ Viele Mitgliedsstaaten der AU leiden zwar unter finanziellen Schwierigkeiten und doch fehlt der politische Wille. Schon die Vorgängerorganisation OAU litt unter chronischem Mangel an Finanzen.³² Sollte es die AU ebenfalls nicht schaffen genug Kapital selbst zu generieren, kann es sein, dass die AU von ihren externen Geldgebern abhängig bleibt. Es wird schwer werden, dadurch die neuen Sicherheitsmechanismen effektiv zum Einsatz kommen zu lassen. Diese Gefahr fällt später auf die Nationalstaaten zurück, weshalb das Handeln der Mitgliedsstaaten wenig nachvollziehbar bleibt. Eine Erklärung könnte sein, dass für die kleineren Mitgliedsstaaten der AU deren finanzielle und sicherheitspolitische Eigenständigkeit von Nachteil wäre. Die intergouvernementale Entwicklungshilfe durch externe Akteure, die sich zunehmend auf die Förderung des sicherheitspolitischen Bereichs der Staaten konzentriert, könnte erheblich reduziert werden. Je weiter die afrikanische Sicherheitsarchitektur supranationalisiert wird, desto stärker stehen die finanziell schwachen Staaten unter dem Einfluss der Hauptgeldgeberländer innerhalb der AU. Schon jetzt bringen die fünf Mitgliedsstaaten Libyen, Algerien, Ägypten, Nigeria und Südafrika 75% des regulären Budgets der AU auf (Stand 2012)³³ und machen dementsprechend ihren Einfluss geltend. Sie sind am ehesten an einer Eigenständigkeit der AU bei der regionalen Friedenssicherung interessiert und könnten den fehlenden politischen Willen der überwiegenden Mehrheit der Mitgliedsstaaten ausgleichen.

Der Geltungsanspruch der Afrikanischen Union

Aus den vorangegangenen Kapiteln werden mehrere Aspekte deutlich: Auf kontinentaler Ebene besteht keine klar definierte Aufteilung der Handlungs- und Entscheidungskompetenz bei der regionalen Friedenssicherung. Da sowohl die einzelnen RECs als auch die AU nach der UN-Charta als Regionalorganisationen tätig sind, überlappen sich die subregionalen Zuständigkeiten und die regionale Zuständigkeit der AU bei der regionalen Friedenssicherung, da jede völkerrechtlich berechtigt ist, selbstständig Missionen durchzuführen. Ihre Eigenständigkeit wird dadurch, gemessen an ihrem Anspruch die panafrikanische Lösung für die afrikanische Friedenssicherung zu sein, relativiert. Allerdings schaffte es die AU, die RECs mit der zwingenden Beteiligung an der ASF und am kontinentalen Frühwarnsystem in ihren Dienst zu stellen. Dennoch bleibt nicht geregelt, welche Regionalorganisation die Vorrangstellung bei der regionalen Friedenssicherung genießt. Für die AU ergibt sich zudem eine klar völkerrechtlich vorgegebene Grenze der Eigenständigkeit. Sie wird durch das Gewaltmonopol der VN und die Unveränderlichkeit der Handlungs- und Entscheidungskompe-

³¹ Vgl. STAGGL, ANDREAS (2012), *ibid.*, S. 61.

³² Vgl. TAGWERKER, NATHALIE (2001), *ibid.*, S. 253-254.

³³ Vgl. STAGGL, ANDREAS (2012), *ibid.*, S. 60.

tenz des UN-Sicherheitsrats begrenzt und festgeschrieben. Betrachtet man jedoch den konstitutionellen Charakter ihrer Sicherheitsarchitektur, so muss festgehalten werden, dass sie bei der Friedenssicherung hinter ihren Handlungspotentialen und ihrem Anspruch, das Nichteinmischungsprinzip durch den Artikel 4 (h) des Constitutive Acts zu relativieren, zurück bleibt. Nur im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips kann die AU sich Geltung verschaffen. So bleibt sie allerdings auf kontinentaler Ebene mit den RECs gleichauf. Das Alleinstellungsmerkmal, welches ihr zur Vorrangstellung bei der regionalen Friedenssicherung verhelfen könnte, bleibt bedeutungslos. Ihrem Anspruch nach eigener Entscheidungskompetenz bei der Selbstpazifizierung wird dadurch ein völkerrechtlicher Riegel vorgeschoben. Die Selbstpazifizierung wird zusätzlich dadurch untergraben, dass der UN-Sicherheitsrat extern nationalstaatliche Akteure mit der Durchführung von Zwangsmaßnahmen bei der regionalen Friedenssicherung in Afrika ermächtigt. Somit erhalten einzelstaatliche Akteure von den VN einen Vertrauensvorsprung gegenüber den vor Ort agierenden Regionalorganisationen. Eine Unterstützung bei der regionalen Friedenssicherung sind die Ermächtigten nur punktuell. Wenn also eine Regionalisierung im Interesse der internationalen Gemeinschaft und der VN stattfindet, dann muss den untergeordneten Ebenen auch ein Mindestmaß an Vertrauen geschenkt werden. Sinnvoll wäre es, wenn die VN nur Hybridmissionen³⁴ mit der AU autorisieren würde. Dadurch entstünde kein Gesichtverlust und die Kooperation würde gestärkt. Neben den völkerrechtlich vorgegebenen Grenzen gelingt es der AU vor allem aufgrund des fehlenden politischen Willens der Mitgliedsstaaten nicht, ihrem Anspruch nach Eigenständigkeit bei der regionalen Friedenssicherung nachzukommen. Das daraus resultierende geringe Budget ist die größte Gefahr für ihre Eigenständigkeit. Die AU droht in die absolute Abhängigkeit ihrer Geldgeber zu rutschen. Die finanzielle Subventionierung der AU durch externe Akteure, wie die EU, ist daher Segen und Fluch zugleich. Die Schlüsselakteure für einen Ausbau ihrer Eigenständigkeit sind die Wirtschaftsnationen und Regionalorganisationen. Die ECOWAS mit Nigeria und die SADC mit Südafrika, sowie die potenten Staaten Nordafrikas müssen als finanzielle Zugpferde von der AU stärker integriert werden, ohne ihren Einfluss unbegrenzt werden zu lassen. Gleichzeitig muss den weniger potenten Staaten innerhalb der AU mehr Einflussnahme ermöglicht werden und es muss ihnen garantiert sein, nicht vollständig unter der Einflussnahme der Hauptgeldgeberländer zu versinken. Von der Vision des Panafrikanismus und dem aus ihm gewachsenen Anspruch der AU nach Eigenständigkeit bei der regionalen Friedenssicherung ist die AU weit entfernt. Bevor sie sich ihrer Schlüsselaufgaben, der Selbstpazifizierung stellen kann, muss sie ihre internen

³⁴ Gemeint ist, dass externe Akteure nur mit der AU unter einem gemeinsamen Mandat tätig/ermächtigt werden können.

Herausforderungen meistern. Dazu soll auch vor allem ihr Verhältnis mit den RECs zählen.

Schlussbetrachtungen

In dieser Arbeit konnten die zentralsten der Eigenständigkeit der AU widerstrebenden Aspekte einzeln angeführt und erklärbar gemacht werden. Die auf dem afrikanischen Kontinent vorliegenden konkurrierenden Zuständigkeiten der Regionalorganisationen verhindern eine mögliche politische Integration und Zentralisierung von Kompetenzen und Ressourcen hin zur Afrikanischen Union. Außerdem fehlt es an politischer Willenskraft in den Mitgliedsstaaten. Der Vorrang bei der regionalen Friedenssicherung muss geklärt werden. Auf verschiedene völkerrechtliche Ansätze und Interpretationen zu Handlungsspielräumen von Regionalorganisationen musste allerdings, dem Umfang geschuldet, verzichtet werden. Die Nationalstaaten Afrikas stehen sich zunächst selbst im Wege. Allerdings verweist auch das internationale Völkerrecht der UN-Charta die Afrikanische Union in ihre Schranken. Denn obwohl der Afrikanischen Union völkerrechtlich der Status als UN-Regionalorganisation anzuerkennen ist, weigern sich weiterhin Nationalstaaten außerhalb Afrikas unilateral und über bzw. in Kooperation mit dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die Sicherheitspolitik Afrikas in die Selbstständigkeit zu entlassen. Zweifelsohne ist die Afrikanische Union aber auch weiterhin auf externe Unterstützung bei der regionalen Friedenssicherung angewiesen. Dennoch genießen externe Akteure im Zuge der Mandatsvergabe des UN-Sicherheitsrat weiterhin einen Vertrauensvorsprung. Hoffnung auf eine Verbesserung der Eigenständigkeit der Afrikanischen Union und somit zumindest auf eine Teilerfüllung ihres Anspruchs kommt jedoch ausgerechnet von Seiten ihrer regional agierenden Konkurrenten, den RECs. Nationalstaatliche Hauptvertreter der einflussreichsten RECs, wie Nigeria oder Südafrika, könnten in Zukunft die Afrikanische Union verstärkt als Projektionsfläche ihrer Interessen entdecken und somit an einer wachsenden Funktionsfähigkeit der Organisation interessiert sein. Im Zuge dessen würden diese ökonomisch stärksten Länder auch gleichzeitig die Abhängigkeit der Union von externen Geldgebern reduzieren. Damit einher gehen allerdings zugleich Gefahren in Form von neuen Abhängigkeiten für die Afrikanische Union. Ein gesamtheitlicher Ausblick konnte allerdings nicht vorgenommen werden. Zu sprunghaft und instabil sind die politisch-sozialen und institutionellen Verhältnisse auf dem afrikanischen Kontinent.

Literaturverzeichnis

- Akokpari, John/Ndinga-Muvumba, Angela/Murithi, Tim**, editors: *The African Union and Its Institutions*. Chicago: Jacana Media, 2008
- Dörr, Oliver**: *Das völkerrechtliche Gewaltverbot und die Vereinten Nationen*. In **Varwick, Johannes/Zimmermann, Andreas**, editors: *Die Reform der Vereinten Nationen - Bilanz und Perspektiven*. Berlin: Duncker & Humblot, 2006, 145–166
- Hutchful, Eboe**: *From Military Security to Human Security*. In **Akokpari, John/Ndinga-Muvumba, Angela/Murithi, Tim**, editors: *The African Union and Its Institutions*. Chicago: Jacana Media, 2008, 70–74
- Makinda, Samuel M./Okumu, F. Wafula**: *The African Union: Challenges of globalization, security, and governance*. London: Routledge, 2008, Routledge global institutions
- Murithi, Timothy**: *The African Union: Pan-Africanism, peacebuilding and development*. Aldershot: Ashgate, 2005
- Petretto, Kerstin**: *Die Rolle der Regionalorganisation im System kollektiver Friedenssicherung der Vereinten Nationen, dargestellt an der Region Afrika : Möglichkeiten und Grenzen regionaler Konfliktbearbeitung: Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung, Nr. 44*. München, 2005
- Staggl, Andreas**: *Die Friedens- und Sicherheitsarchitektur der Afrikanischen Union: Anspruch - Probleme - Ausblick*. Saarbrücken: AV Akademikerverlag, 2012
- Tagwerker, Nathalie**: *Das Verhältnis der regionalen Sicherheitsmechanismen der OAU und der künftigen Afrikanischen Union zu den Vereinten Nationen nach Kapitel VIII SVN*. 2001
- Wanitschek, Anna**: *Der Darfur Konflikt, die Afrikanische Union, die Vereinten Nationen und der Internationale Strafgerichtshof. Von Friedensutopien, politischer Repression und internationaler Apathie*. Diplomarbeit Innsbruck, 2008

2001-2005: Die erste Amtszeit von George W. Bush

Eine Analyse anhand des Leadership Capital Index

Thomas Jenny

Einleitung

Gute Leadership-Fähigkeiten sind eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass eine Regierung ihren Aufgaben in zufriedenstellender Art und Weise nachkommen kann. Natürlich gibt es je nach Ausgestaltung des politischen Systems eines Staates Unterschiede bezüglich der Rolle eines Regierungsoberhauptes innerhalb der Regierung, als Beispiel sei etwa der Unterschied zwischen (semi-)präsidentiellen und parlamentarischen Systemen genannt. Trotzdem sind zahlreiche Fähigkeiten, die sich unter dem Begriff „Leadership“ subsumieren lassen, unabdingbar für ein Regierungsoberhaupt. Doch wie lässt sich Leadership zuverlässig messen? Welche Fähigkeiten und Aktionen sind nötig, um ein „guter“ Leader zu sein? Wie unterscheidet sich „gutes“ von „schlechtem“ Leadership? Die Ermittlung individueller Leadership-Fähigkeiten und die objektive Beantwortung dieser (und ähnlicher) Fragen gestalten sich häufig als schwierig. Zahlreiche Faktoren, insbesondere die Persönlichkeit von Personen betreffend, sind nur schwer objektiv evaluierbar, da eine solche Beurteilung häufig auf subjektive Eindrücke und Bewertungskriterien zurückgreifen muss. Daher stellten Mark Bennister, Paul 't Hart und Ben Worthy im Jahr 2015 ein neuartiges Konzept zur Ermittlung von Leadership-Fähigkeiten vor: den Leadership Capital Index (LCI).

Dieser Ansatz soll es ermöglichen, Leadership-Fähigkeiten politischer Führungskräfte anhand einheitlicher, vergleichbarer und objektiver Kriterien zu messen. Dieser Ansatz nimmt dabei Anleihen in der Finanzwelt und der (politischen) Ökonomie: Leadership wird dabei als Kapital betrachtet, das sich durch politische Handlungen sammeln und für andere Aktionen (deren Umsetzung bspw. politisch schwierig ist) „ausgeben“ lässt. Es ist in drei Kategorien eingeteilt: *skills* (mit zwei Unterkategorien), *relations* und *reputation* (Bennister, 't Hart & Worthy 2015:418). In diesen Kategorien finden sich insgesamt zehn fortlaufend nummerierte Indikatoren, denen zur leichteren Zuordnung die entsprechende

Kategorie vorangestellt wird. S1 und S2 stehen dabei für *skills*, R1 für *relations* und R2 für *reputation*. Diese Zuordnungen sind auch in Tabelle 1 ersichtlich.

Der Fokus liegt dabei auf der Frage, welche unterschiedlichen Faktoren die Leadership-Autorität beeinflussen und wie diese Autorität schließlich genützt wird (Bennister, 't Hart & Worthy 2015:420). Dies wird durch die Analogie mit ökonomischem Kapital – welches sich vermehren und verringern kann – verdeutlicht. Der Ansatz ist dabei als Checkliste angelegt, die eine genaue Quantifizierung unterschiedlicher Führungseigenschaften einer Person durch die Zuweisung einer Punktzahl zwischen eins und fünf ermöglicht. Daraus ergibt sich ein Gesamtwert zwischen 1 und 50, wobei der Wert von 50 beste Leadership-Qualitäten darstellt. Der Ansatz ist zwar primär auf die Ermittlung von Leadership-Fähigkeiten in republikanischen Systemen ausgelegt, allerdings wird in den folgenden Ausführungen die erste Amtszeit von George W. Bush von 2001 bis 2005 anhand dieses Ansatzes untersucht. Dies hat mehrere Gründe: Erstens kann dadurch getestet werden, inwieweit sich der LCI-Ansatz auf präsidentiale Systeme wie das der USA übertragen lässt und welche Änderungen gegebenenfalls notwendig wären. Zweitens fanden in diesem Zeitraum, unter anderem bedingt durch die Terroranschläge des 11. September 2001, massive globale Umwälzungen statt, die sich (besonders aus US-amerikanischer Perspektive) im globalen „Krieg gegen den Terror“ manifestierten und bis heute nachwirken. Drittens ist Bushs gesamte Amtszeit abgeschlossen und es besteht eine zeitliche Distanz, im Unterschied zu Barack Obamas noch laufender zweiter Amtszeit (Stand Juni 2016). Viertens existieren dadurch bereits umfassende Einschätzungen der Regierungszeit Bushs, die die Arbeit mit dem LCI durch bereits vorhandene Daten und Analysen erleichtern. Schlussendlich wird durch die enge zeitliche Eingrenzung auch die Überlegung umgangen, dass sich das Leadership-Kapital einer Person am Ende einer Amtszeit ohne Aussicht auf Wiederwahl automatisch verringert. In seiner ersten Amtszeit musste Bush mit seinem Leadership-Kapital haushalten, um sich realistische Chancen auf eine Wiederwahl offen halten zu können.

Anhand dieser Rahmenbedingungen wird die Hypothese getestet, dass George W. Bush beim Amtsantritt über einen mittleren Wert an Leadership-Kapital verfügte, das sich aber aufgrund der Terroranschläge vom 11. September 2001 drastisch erhöhte und sich infolge der geringer werdenden Zustimmung zum „War on Terror“ nach dem Irakkrieg 2003 wieder reduzierte. Um einen zeitlichen Querschnitt zu erhalten werden die LCI-Werte an fünf markanten Ereignissen der ersten Amtszeit Bushs ermittelt: sein Amtsantritt im Jänner 2001, die Terroranschläge vom 11. September 2001, der Beginn des Afghanistan-Krieges im Oktober 2001, der Beginn des Irakkrieges im März 2003 und der Präsidentschaftswahlkampf 2004 mit seiner schlussendlichen Wiederwahl.

Analyse der LCI-Kategorien

Skills

Zentral für Bushs Leadership-Stil waren rasch getroffene außenpolitische Entscheidungen und die Delegation zahlreicher Kompetenzen an sein Team. Die Bewertung dieses Stils fällt unterschiedlich aus, einige Beobachter loben diese Praxis, andere wiederum sind der Meinung, dass sie nicht viel mit Leadership zu tun habe (MacDonald, Nabers & Patman 2012:7). Zu Beginn seiner ersten Amtszeit war George W. Bushs **Political vision (S1 01)** ambivalent. Sein politischer Fokus lag stark auf der Innenpolitik, sein außenpolitisches Profil war wenig ausgeprägt. So konnte er bereits kurz nach Beginn seiner Amtszeit innenpolitische Erfolge feiern. Dazu gehörten zwei Steuersenkungen im Umfang von 1,35 Billionen US-Dollar im Jahr 2001 und eine weitere zur Konjunkturförderung im Jahr 2003 (Bierling 2004:36). Ein dritter großer innenpolitischer Erfolg war die Verabschiedung des *No child left behind act* im Jahr 2002 zur Verbesserung der Qualität der staatlichen Schulen (Parker 2009:187). Die Außenpolitik sollte sich zur Abgrenzung von der Clinton-Ära vornehmlich auf bilaterale Kontakte beschränken (McCormick 2012:156). Der Terrorismus wurde nach den Bombenanschlägen auf mehrere US-Botschaften im Jahr 1998 von der Clinton-Regierung zwar als Bedrohung erkannt, spielte zunächst jedoch keine große Rolle in den außenpolitischen Überlegungen Bushs (Naftali 2010:62; Daalder & Lindsay 2005:73).

Nach den Terroranschlägen vom 11. September musste Bush plötzlich die abstrakte Gefahr von Terroranschlägen in seinem Weltbild unterbringen, wodurch seine Politik - im Gegensatz zum vorherigen Fokus auf die Innenpolitik - schlagartig nach außen gerichtet wurde (Daalder & Lindsay 2005:77f.). Eine unmittelbare Folge dieser politischen Neuorientierung war der „Krieg gegen den Terror“. Am 7. Oktober 2001 begann mit der Operation Enduring Freedom der Krieg in Afghanistan mit dem bereits zuvor erklärten Ziel, al-Kaida zu zerschlagen. Erst ab diesem Zeitpunkt festigte sich Bushs außenpolitische Vision, zuvor war nur seine Innenpolitik klar umrissen. Der neuen außenpolitischen Doktrin blieb Bush ab diesem Zeitpunkt treu (dies wird auch durch den Irakkrieg 2003 bestätigt), weshalb der LCI-Wert in diesem Bereich sukzessive zunahm. In Bezug auf den Afghanistankrieg muss zudem bedacht werden, dass es Bush innerhalb einer kurzen Zeitspanne schaffte, eine breite internationale Allianz für seinen „Krieg gegen den Terror“ zu formieren. Dies kann als Resultat einer Kombination verschiedener Faktoren und der äußeren Umstände betrachtet werden, offenbart aber eine Schwäche des vorliegenden Ansatzes: Der LCI-Ansatz konzentriert sich vornehmlich auf innenpolitische Entwicklungen. Daher lassen sich derartige bedeutungsvolle außenpolitische Manöver nur schwer mit den im LCI-Ansatz vorgeschlagenen Indikatoren erklären.

Mittels des Faktors **Communicative performance (S1 02)** werden die rhetorischen Fähigkeiten einer Person analysiert. Im Falle Bushs wurden diese besonders zu Beginn seiner Amtszeit als schwach charakterisiert, dies betrifft sowohl seinen kommunikativen Stil als auch die Häufigkeit seiner öffentlichen Auftritte und Reden (Greenstein 2002:395). Er machte häufig Fehler in Aussprache und Satzbau und widersprach sich in seinen Aussagen mitunter selbst; all dies führte zu einem Bild von Inkompetenz (Blommaert 2012:3). Nach dem 11. September verbesserten sich Bushs rhetorische Fähigkeiten, was jedoch ambivalent bewertet wurde. Die öffentliche Kommunikation sei der Bereich, in dem sich Bush am meisten verändert habe (Greenstein 2002:395). Einige Autoren und Autorinnen attestieren ihm diese Verbesserungen allerdings nur während einer kurzen Zeitspanne unmittelbar nach dem 11. September (Crockett 2003:466) in Zusammenhang mit seiner allgemein gestiegenen Popularität (Blommaert 2012:4). Insgesamt waren Bushs kommunikative Fähigkeiten aber eher schwach, was in einem niedrigen LCI-Wert in diesem Bereich resultiert.

Um einen LCI-Wert im Bereich des **Personal Poll Ratings (S2 03)** ermitteln zu können, wurde Bushs Wahlergebnis von gerundet 47,9 Prozent der Stimmen (Federal Election Commission 2001) in Relation zu Meinungsumfragen zu verschiedenen Zeitpunkten gesetzt. Von April 2001 bis Ende August 2001 hatte Bush eine recht konstante Zustimmungsrate¹ zwischen 55 und 57 Prozent mit vereinzelt Ausreißern. Unmittelbar nach dem 11. September 2001 stieg die Zustimmung rapide an und erreichte bis zum Beginn des Afghanistankrieges am 4. Oktober 2001 92 Prozent. Bis zum März 2003 fielen die Zustimmungsraten wieder, stiegen aber mit Beginn des Irakkrieges am 20. März 2003 auf bis zu 71 Prozent. Danach fielen die Werte erneut und pendelten sich bis zum Beginn der zweiten Amtsperiode am 20. Jänner 2005 bei ca. 50 Prozent ein (Gallup 2016b; Roper Center 2016). Aufgrund des niederen Referenzwertes von 47,9 Prozent liegen Bushs Zustimmungswerte während seiner gesamten ersten Amtszeit beinahe immer teils stark über diesem Wert, weisen aber eine hohe Schwankungsbreite auf. Daraus resultieren zu den verschiedenen Zeitpunkten durchwegs hohe LCI-Werte. Selbst bei seinen niedrigsten Umfragewerten erreicht Bush 3 von maximal 5 LCI-Ratingpunkten.

Der Indikator **Longevity/time in office (S2 04)** ist im vorliegenden Beispiel kaum aussagekräftig. Aufgrund der institutionellen Rahmenbedingungen des politischen Systems der USA dauert eine präsidentielle Amtszeit von vornherein vier Jahre, woraus selbst bei nicht erfolgter Wiederwahl automatisch der zweithöchste

¹ Die Zustimmungsrate bezieht sich auf die allgemeine Zufriedenheit mit der Amtsausübung Bushs. Sie wurde an zahlreichen unterschiedlichen Zeitpunkten über beide Amtszeiten hinweg erhoben, vgl. hierzu Gallup 2016b und Roper Center 2016

LCI-Wert von 4 und im Falle einer Wiederwahl der höchste Wert von 5 resultiert. Dieses Analysekriterium wirkt daher bei präsidentiellen Systemen generell verzerrend.

Um einen LCI-Wert für den Indikator **(Re-)election margin for the party leadership (S2 05)** zu erhalten, wurden die Ergebnisse der republikanischen Primaries aus dem Jahr 2000 herangezogen. Dort konnte Bush 62 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen und gewann die Vorwahlen mit großem Vorsprung vor seinen Mitbewerbern. So erhielt der Zweitplatzierte John McCain nur noch (gerundet) 31 Prozent der Stimmen (Our Campaigns.com 2011). Dies bedeutete für Bush beinahe die doppelte Stimmenanzahl mit einem Stimmenvorsprung von 31 Prozent auf den Zweitplatzierten McCain und den höchsten LCI-Wert von 5.

Relations

Der Indikator **Party polling relative to most recent election result (R1 06)** wurde auf Basis der sich ändernden Sitzverteilung im Kongress nach den zweijährlich stattfindenden Kongresswahlen ermittelt. Als Basis für die Berechnungen dienten die Aufzeichnungen des Clerk of the House of Representatives über die Sitzverteilung in beiden Kammern des Kongress (Miller 2007:54). Es muss außerdem berücksichtigt werden, dass die Stellung der eigenen Partei innerhalb des Kongress keinen direkten Einfluss auf die Bestellung des Regierungsoberhauptes hat. Bis Januar 2001 (106. Kongress) hielten die Republikaner 55 von 100 Sitzen im Senat und 223 von 435 Sitzen im Repräsentantenhaus, dies entspricht 55 Prozent (Senat) bzw. 51,3 Prozent (Repräsentantenhaus). Nach den Kongresswahlen im Jahr 2000 (107. Kongress, 2001-2003) erlangten die Republikaner im Senat nur noch 50 Sitze (50 Prozent), was einem Verlust von fünf Prozent entspricht. Im Repräsentantenhaus erreichten sie 221 Sitze (50,8 Prozent), der Verlust von zwei Sitzen entspricht einem Minus von 0,5 Prozent. Daraus resultiert in dieser Zeitspanne ein LCI-Wert von 2. Bei den *midterm elections* 2002 (108. Kongress, 2004-2005) konnten die Republikaner ihren Sitzanteil in beiden Häusern wieder ausbauen, da sie von der gesteigerten Popularität Bushs nach 9/11 und der neuen außenpolitischen Doktrin profitierten (Jacobson 2003:3). Sie erzielten 51 und 229 Sitze (51 und 52,6 Prozent), was einem Plus von einem Prozent im Senat und 1,8 Prozent im Repräsentantenhaus entspricht. Im Präsidentschaftswahljahr 2004 (109. Kongress, 2005-2007) erreichten die Republikaner 55 Sitze im Senat (55 Prozent) und 232 Sitze im Repräsentantenhaus (53,3 Prozent); dies entspricht einem Plus von 4 bzw. 0,7 Prozent und einem LCI-Wert von 4 für die Jahre zwischen 2002 und 2004.

Der Indikator **Levels of public trust in leader (R1 07)** wurde auf Basis zweier Gallup-Umfragen über das Vertrauen der US-amerikanischen Bevölkerung in die Regierung beurteilt. Die Vertrauenswerte in Bush bzw. die Exekutive betrugen zu Beginn seiner Amtszeit konstant 60 bis 70 Prozent. Nach Beginn des Afghanistankrieges stiegen die Werte auf 83 Prozent, auch nach Beginn des Irakkrieges 2003 blieben die Zustimmungsraten nur knapp unter der 70-Prozent-Marke. Insgesamt wurden Bushs außenpolitische Kompetenzen höher als die innenpolitischen eingeschätzt. Zwischen dem Präsidentschaftswahlkampf 2004 und dem Beginn der zweiten Amtszeit sanken die Vertrauenswerte unter die 60-Prozent-Marke (Gallup 2016c). Bis zum September 2004 beträgt Bushs LCI-Wert daher 4, danach sinkt er analog zum Vertrauenslevel auf 3 ab.

Beim Indikator **Likelihood of credible leadership challenge within next six months (R1 08)** müssen wieder die institutionellen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Somit bestand über die gesamte Amtszeit hinweg zu keinem Zeitpunkt ernsthafte Gefahr für den Verlust des Amtes (etwa durch Impeachment). Dies änderte sich erst im Präsidentschaftswahlkampf gegen John Kerry. Ein Vergleich der Wählerpräferenzen auf Basis der Gallup-Daten über die *Presidential Heat Trials* 2004 (Gallup 2016a) zwischen Mai und Oktober 2004 zeigt, dass Bush über diesen Zeitraum hinweg mit durchschnittlich 48,4 Prozent um 1,6 Prozent vor Kerry mit durchschnittlich 46,8 Prozent lag. Bush wurde schließlich mit 50,8 Prozent der Wählerstimmen und einem Vorsprung von 2,5 Prozent auf Kerry mit 48,3 Prozent wiedergewählt (Federal Election Commission 2005:5; Werte gerundet). Aufgrund dieser knappen Werte kann in diesem Zeitraum von einer hohen *leadership challenge* durch Kerry und einem LCI-Wert von 2 ausgegangen werden.

Reputation

Die Faktoren **Perceived ability to shape party's policy platform (R2 09)** und **Perceived parliamentary effectiveness (R2 10)** beeinflussen sich gegenseitig und wurden daher gemeinsam analysiert. Auf die Parteipolitik konnte Bush vereinzelt durch kluges Vorgehen Einfluss nehmen, gleichzeitig kamen ihm häufig externe Faktoren zugute. Ein Beispiel dafür ist die Verabschiedung der Steuerreform von 2001, bei der Bush zwar dem Kongress durch eine Senkung des Gesamtvolumens entgegenkam, gleichzeitig aber auch von der seit den späten 1990er-Jahren immer wichtiger werdenden Parteidisziplin profitierte (Patterson 2010:120). Ähnliches gilt für die Steuersenkung von 2003, für die Vizepräsident Dick Cheney durch die Halbierung der Steuererleichterungen einen Kompromiss innerhalb der Partei aushandeln musste (Bartels 2006:404f.).

Für den *No child left behind act* fand Bush in beiden Parteien Zuspruch, da Abgeordnete beider Parteien Mitautoren des Gesetzes waren. Widerstand in der eigenen Partei konnte er durch Zugeständnisse seinerseits auflösen, zusätzlich wollte der Kongress nach dem 11. September Einigkeit demonstrieren. Im Repräsentantenhaus erreichte das Gesetz insgesamt 381 Für- und 41 Gegenstimmen, im Senat 87 Für- und 10 Gegenstimmen (Parker 2009:185f.). Bush erreichte somit sein Ziel eines von beiden Parteien unterstützten Gesetzes.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erkannte der Kongress die Notwendigkeit einer Reaktion, wodurch sich das machtpolitische Pendel zugunsten Bushs verschob, was die Grundlage für den schnellen Beginn des Afghanistankrieges bildete: „On September 14, [...] all but one member of Congress voted to give Bush stunningly broad latitude to retaliate against those responsible for the attacks. [...] In effect, Congress declared war and left it up to the White House to decide who the enemy was” (Daalder & Lindsay 2005:90). 9/11 wurde eine bestimmende Determinante in der US-amerikanischen Außenpolitik der folgenden Jahre, wie sich auch am Beispiel der Irak-Resolution des Kongresses vom Oktober 2002 zeigt:

[T]hose events [9/11, d. Verf.] had continued saliency for the subsequent debate over the passage of the Iraq Resolution by Congress in October 2002, the initiation of the Iraq War, the gains of the President’s party in the 2002 congressional election, and even for President Bush’s reelection in 2004. In this sense, 9/11 cast a very long shadow and muted any incipient domestic opposition among Members of Congress or the public [...] (McCormick 2012:161f.).

Insgesamt konnte Bush nur vereinzelt Einfluss auf die Parteipolitik im Kongress nehmen, weshalb der Indikator *Ability to shape party’s policy* mit einem mittleren LCI-Wert von 3 beurteilt wurde. Für seine Bildungsreform konnte er sich beispielsweise durch kluges Vorgehen eine Mehrheit in der eigenen Partei sichern. Nach dem 11. September hielt sich der Kongress aber politisch zurück, wovon Bush profitieren konnte. Dies hatte auch Einfluss auf seine *Parliamentary effectiveness*. Bush konnte aufgrund der äußeren Umstände seine innen- und außenpolitischen Ziele schnell verwirklichen, profitierte aber – wie bereits erwähnt – von der Einigkeit des Kongress und der Parteidisziplin der Republikaner, weshalb dieser Bereich mit einem LCI von 4 bewertet wurde.

Diskussion der Ergebnisse und Fazit

Tabelle 1 (vgl. dazu Bennister, 't Hart & Worthly 2015:424f. und 429f.) zeigt eine detaillierte Aufschlüsselung der einzelnen Leadership-Capital-Werte George W. Bushs:

Tab. 1: Detaillierte Aufschlüsselung der LCI-Werte Bushs

Krit.	Indikator	Messwerte	Jahr	Ereignis	LCI
S1	01 Political/policy vision	(1) Completely absent (2) Unclear/inconsistent (3) Moderately clear/consistent (4) Clear/consistent (5) Very clear/consistent	2001	Amtsantritt	2
			2001	9/11	3
			2001	Afghanistan	5
			2003	Irak	4
			2004	Wiederwahl	4
	02 Communicative performance	(1) Very poor (2) Poor (3) Average (4) Good (5) Very good	2001	Amtsantritt	2
			2001	9/11	4
			2001	Afghanistan	3
			2003	Irak	3
			2004	Wiederwahl	3
S2	03 Personal poll rating relative to rating at most recent election	(1) Very low (<-15%) (2) Low (-5 to -15%) (3) Moderate (-5% to 5%) (4) High (5% to 15%) (5) Very high (>15%)	2001	Amtsantritt	4
			2001	9/11	5
			2001	Afghanistan	5
			2003	Irak	5
			2004	Wiederwahl	3
	04 Longevity: time in office	(1) <1 year (2) 1-2 years (3) 2-3 years (4) 3-4 years (5) >4 years	2001	Amtsantritt	5
			2001	9/11	5
			2001	Afghanistan	5
			2003	Irak	5
			2004	Wiederwahl	5
	05 (Re-)election margin for the party leadership	(1) Very small (<1% of relevant actors) (2) small (1-5%) (3) Moderate (5-10%) (4) Large (10-15%) (5) Very large (>15%)	2001	Amtsantritt	5
			2001	9/11	5
			2001	Afghanistan	5
			2003	Irak	5
			2004	Wiederwahl	5
R1	06 Party polling relative to most recent election result	(1) <-10% (2) -10% to -2,5% (3) -2,5% to 2,5% (4) 2,5% to 10% (5) Very large (>15%)	2001	Amtsantritt	2
			2001	9/11	2
			2001	Afghanistan	2
			2003	Irak	3
			2004	Wiederwahl	3

Krit.	Indikator	Messwerte	Jahr	Ereignis	LCI
	07 Levels of public trust in leader	(1) 0-20% (2) 20-40% (3) 40-60% (4) 60-80% (5) 80-100%	2001	Amtsantritt	4
			2001	9/11	5
			2001	Afghanistan	5
			2003	Irak	4
			2004	Wiederwahl	3
	08 Likelihood of credible leadership challenge within next six months	(1) Very high (2) High (3) Moderate% (4) Low (5) Very Low	2001	Amtsantritt	5
			2001	9/11	5
			2001	Afghanistan	5
			2003	Irak	5
			2004	Wiederwahl	2
R2	09 Perceived ability to shape party's policy	(1) Very low (2) Low (3) Moderate (4) High (5) Very High	2001	Amtsantritt	3
			2001	9/11	3
			2001	Afghanistan	3
			2003	Irak	3
			2004	Wiederwahl	3
	10 Perceived parliamentary effectiveness	(1) Very low (2) Low (3) Moderate (4) High (5) Very High	2001	Amtsantritt	4
			2001	9/11	4
			2001	Afghanistan	4
			2003	Irak	4
			2004	Wiederwahl	4

Aus allen Werten der zehn unterschiedlichen Indikatoren ergeben sich folgende Leadership-Capital-Werte zu unterschiedlichen Zeitpunkten:

Es ist auffällig, dass sich Bushs Leadership-Kapital im Untersuchungszeitraum stets in der oberen Hälfte der maximal möglichen 50 Punkte bewegt. Bereits zu Beginn seiner Amtszeit verfügte Bush über „high capital“: „‘momentum’ derived from robust political performance and party cohesion“ (Bennister, ‘t Hart & Worthy 2015:425). Dies erklärt sich durch die schnelle Umsetzung innenpolitischer Ziele, die Parteidisziplin und das hohe Vertrauen der Öffentlichkeit in Bush. Nach dem 11. September 2001 vermehrte sich Bushs Leadership-Kapital rasant auf einen Wert über 40 und blieb bis zum Beginn des Irakkriegs 2003 so hoch. Dieses „exceptional capital“ wird folgendermaßen charakterisiert: „‘political weather maker’ boosted by electoral landslide, and/or personal dominance and/or ,good crises to have““ (Bennister, ‘t Hart & Worthy 2015:425). Durch 9/11 vermehrte sich Bushs Leadership-Kapital drastisch, als dieser den Wunsch nach einer starken Führungsrolle erfüllen konnte und die US-amerikanische Politik in weiten Bereichen dominierte. Die größten Verbesserungen können bei den Indikatoren S1 01 und S1 02 festgestellt werden, aber auch bei den Umfragewerten (S2 03 und R1 07). Bis 2004 sank Bushs LCI-Wert schließlich unter den Anfangswert, was besonders

Tab. 2: LCI-Werte gesamt

Jahr	Ereignis	LCI-Wert gesamt
2001	Amtsantritt	36
2001	9/11	41
2001	Afghanistan-Krieg	42
2003	Irakkrieg	41
2004	Wiederwahl	35

mit der rückläufigen Zustimmung zum Irakkrieg begründet ist. Hinzu kam die nicht zu unterschätzende *Leadership challenge* (R1 08) durch John Kerry während des Präsidentschaftswahlkampfes 2004. Auf Basis dieser Auswertung kann die Hypothese vom Anstieg und Verlust von Bushs Leadership-Kapital größtenteils verifiziert werden. Davon ausgenommen ist der erste Teil, da Bush bereits zu Beginn seiner Präsidentschaft über hohes Leadership-Kapital verfügte. Dies ist angesichts der niedrigen Anfangswerte der LCI-Indikatoren für Politikgestaltung (S1 01, R2 09), kommunikative Fähigkeiten (S1 02) sowie des knappen Wahlergebnisses (R1 06) unerwartet. Allerdings profitiert Bush von allen Kategorien, die die institutionellen Rahmenbedingungen betreffen (S2 04, S2 05, R1 08) und in denen er zu Beginn den höchsten LCI-Wert aufweist. In weiterer Folge entwickeln sich die LCI-Werte aber so, wie es angesichts der (geo)politischen Ereignisse vermutet wurde.

Bei der Auswertung gestaltet sich die praktische Anwendung des LCI-Ansatzes als einfach, wobei erneut erwähnt werden muss, dass er auf parlamentarische Systeme ausgelegt ist, weshalb für die Bewertung präsidentieller Systeme Abstriche bzw. Anpassungen erforderlich sind. Dies wird insbesondere anhand der Indikatoren S2 04, S2 05 und R2 09 bemerkbar, da sie in einem politischen System wie dem der USA nur eingeschränkt zum Tragen kommen: Der Präsident bzw. die Präsidentin ist nur indirekt der Leader seiner eigenen Partei und muss unter Umständen gegen Widerstand im Kongress ankämpfen, um seine eigene Agenda verwirklichen zu können. Dies wird auch dadurch verdeutlicht, dass diese drei Indikatoren zu allen Zeitpunkten der Analyse mit der gleichen Punktzahl bewertet wurden.

Eine Feinabstimmung der Indikatoren hinsichtlich der spezifischen Eigenschaften unterschiedlicher politischer Systeme wäre daher notwendig, um den LCI-Ansatz auch auf andere politische Systeme „gewinnbringend“ anwenden zu können. Werden beispielsweise die institutionellen Rahmenbedingungen (anhand der „problematischen“ drei Indikatoren) in der Analyse ausgeklammert, sinkt

der maximal erreichbare LCI-Wert auf 35 und die gesamten LCI-Werte Bush um jeweils 13 Punkte. Dies hat allerdings kaum Einfluss auf das Gesamtergebnis, da das Verhältnis der LCI-Werte zur maximal erreichbaren Gesamtpunktzahl beinahe gleich bleibt. Ein weiterer Nachteil ist, dass bei den interpretatorischen Indikatoren nach wie vor ein persönlicher Ermessensspielraum besteht, was vergleichende Analysen erschweren könnte. Andererseits sind die quantitativen Indikatoren (deren Ermittlung z.B. auf Umfrage- oder Wahlergebnissen beruht) für objektive Vergleiche gut geeignet. Allerdings gibt es keine konkrete „Handlungsanleitung“, wie diese Indikatoren einheitlich ermittelt bzw. berechnet werden sollen. Für den Ansatz spricht jedenfalls seine leichte Anwendbarkeit, allerdings wären einige Adaptionen hinsichtlich der Vergleichbarkeit unterschiedlicher demokratischer Regierungssysteme wünschenswert. Die größte Hürde dürfte dabei die Berücksichtigung unterschiedlicher institutioneller Rahmenbedingungen zugunsten objektiver Vergleiche sein.

Literaturverzeichnis

- Bartels, Larry M.:** A tale of two tax cuts, a wage squeeze, and a tax credit. *National tax journal*, 59 2006 No. 3, 403–423
- Bennister, Mark/t'Hart, Paul/Worthy, Ben:** Assessing the authority of political office-holders: The leadership capital index. *West European Politics*, 38 2015 No. 3, 417–440
- Bierling, Stephan G.:** Die US-Wirtschaft unter George W. Bush. Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" 2004
- Blommaert, Jan:** The rethorical world of George W. Bush: Tilburg Papers in Culture Studies. Tilburg, 2012 (URL: https://www.tilburguniversity.edu/upload/2af41560-ae86-4fc6-9e57-279f0abf4c16_tpcs%20paper25.pdf) – visited on 24.08.2016
- Crockett, David A.:** George W. Bush and the Unrhetorical Rhetorical Presidency. *Rhetoric & Public Affairs*, 6 2003 No. 3, 465–486
- Daalder, Ivo H./Lindsay, James M.:** America unbound: The Bush revolution in foreign policy. Hoboken, NJ: Wiley, 2005
- Federal Election Commission:** 2000 Presidential popular vote summary for all candidates listed on at least one state ballot. Washington, 2001 (URL: <http://www.fec.gov/pubrec/fe2000/prespop.htm>) – visited on 12.06.2016
- Federal Election Commission:** Federal Elections 2004: Election Results for the U.S. President, the U.S. Senate and the U.S. House of Representatives. Washington, 2005 (URL: <http://www.fec.gov/pubrec/fe2004/federalections2004.pdf>) – visited on 12.06.2016
- Gallup:** Gallup Presidential Election Trial-Heat Trends, 1936-2008. Washington, 2016a (URL: <http://www.gallup.com/poll/110548/gallup-presidential-election-trial-heat-trends.aspx>) – visited on 12.06.2016
- Gallup:** Presidential Approval Ratings – George W. Bush. Washington, 2016b (URL: <http://www.gallup.com/poll/116500/presidential-approval-ratings-george-bush.aspx>) – visited on 12.06.2016
- Gallup:** Trust in Government. Washington, 2016c (URL: <http://www.gallup.com/poll/5392/trust-government.aspx>) – visited on 12.06.2016
- Greenstein, Fred I.:** "The Contemporary Presidency": The Changing Leadership of George W. Bush: A Pre- and Post-9/11 Comparison. *Presidential Studies Quarterly*, 32 2002 No. 2, 387–396
- Jacobson, Gary C.:** Terror, Terrain, and Turnout: Explaining the 2002 Midterm Elections. *Political Science Quarterly*, 118 2003 No. 1, 1–22

- MacDonald, David B./Nabers, Dirk/Patman, Robert G.:** In **MacDonald, David Bruce/Nabers, Dirk/Patman, Robert G.**, editors: *The Bush leadership, the power of ideas, and the war on terror*. Farnham: Ashgate, 2012, 1–18
- McCormick, James M.:** *Domestic Politics and US Leadership after September 11*. In **MacDonald, David Bruce/Nabers, Dirk/Patman, Robert G.**, editors: *The Bush leadership, the power of ideas, and the war on terror*. Farnham: Ashgate, 2012, 155–172
- Miller, Lorraine C.:** *Statistics of the Congressional Election of November 7, 2005*. Washington, 2007 (URL: <http://history.house.gov/Institution/Election-Statistics/2006election/>) – visited on 24.08.2016
- Naftali, Timothy:** *George W. Bush and the "War on Terror"*. In **Zelizer, Julian E.**, editor: *The presidency of George W. Bush*. Princeton, N.J: Princeton University Press, 2010, 59–87
- Our Campaigns.com:** *US President - R Primaries*. 2011 (URL: <http://www.ourcampaigns.com/RaceDetail.html?RaceID=55218>) – visited on 12.06.2016
- Parker, Jonathan:** *No Child Left Behind: The Politics and Policy of Education Reform*. In **Wroe, Andrew/Herbert, Jon**, editors: *Assessing the George W. Bush presidency*. Edinburgh: Edinburgh University Press, 2009, 182–198
- Patterson, James T.:** *Transformative Economic Policies: Tax Cutting, Stimuli, and Bailouts*. In **Zelizer, Julian E.**, editor: *The presidency of George W. Bush*. Princeton, N.J: Princeton University Press, 2010, 114–138
- Roper Center 2016:** *Bush Presidential Approval*. Storrs, CT. (URL: <http://ropercenter.cornell.edu/polls/presidential-approval/>) – visited on 12.06.2016

The ECB's Stress Test: The Logic of Legitimation and the Locus of Power in the European Union

Valentina Ausserladscheider

The newly instigated European banking supervision conducted by the European Central Bank (ECB) is presented as the next milestone in the history of European integration. The so-called *Single Supervisory Mechanism* (SSM) is the first pillar of the recently established European Banking Union. On the basis of the EU-wide "Comprehensive Assessment", more commonly known as "stress tests", the ECB took over banking supervision from national authorities (ECB 2014: 2). Since November 2014, the ECB has been directly responsible for the supervision of 123 banking groups, including about 1200 credit institutions in the Euro area. This encompasses about 85 per cent of all banking assets (ECB 2015: 4). In sum, the ECB is now able to restructure banking sectors of countries, closing branches, changing internal hierarchies by merging institutions, and modifying general banking requirements.

While the ECB's discourse concerning its additional function conveys a political, social and cultural narrative promising the European citizens' gain from an integrated banking supervision, I argue that this discourse veils a different mechanism. This essay makes the case that these recent developments foster economic technocracy¹, dis-embedding the economy from politics and society. By investigating the legitimisation discourse, I pinpoint the strategies by which the ECB justifies technocratic governance free from political interference. I thereby contribute to scholarly literature claiming that there is a crisis of democratic capitalism characterised by inherent tensions between democracy and capitalism. More specifically, this essay presents a case study of the way in which this crisis is suspended by rendering democratic electorate voiceless, taking away the European citizens' say on economic issues.

¹ In this paper, technocracy is defined as "rule by experts" (Burris 1993:2).

Economism and the Crisis of Democratic Capitalism

Unification and integration of Europe should primarily be created through economic means. The main strategy should in other words not be to use political means or social means or cultural means but economic means. (Swedberg 2013: 2)

Approaching integration through economic means is not a new idea. Reaching back to the 18th century, intellectuals proposed that economy is a positive and integrative force in society (Hirschmann 1982), leading to peaceful interaction (Montesquieu 1761), especially in Europe (Saint-Simon 1977). Richard Swedberg (2013: 6) described this strategy as “economics as politics by other means” or as Larry Siedentop (2000) called “economism”. One consequence of this is that this strategy does not easily go along with the idea of democracy (Swedberg 2013: 7). In this context, Swedberg (2013: 23) poses the question of whether democratic politics, when replaced by economism, tend to be set aside.

According to Streeck (2012), this is precisely what happened by the creation of the Economic and Monetary Union in 1990 (EMU). By completing the EMU with the induction of the Euro an ideal has been created that is freed from politics. Thus institutions such as the ECB have gained more power in comparison to democratically elected institutions, rendering democracy in Europe unaccountable for most European citizens (Streeck 2012: 237). This power relation is what Mylonas (2014) defines as democratic deficit.

The underlying cause for economism not fulfilling its intended goal – the stable and ever closer union – is democratic capitalism, “a condition ruled by an endemic conflict between capitalist markets and democratic politics” (Streeck 2011: 6). Democratic capitalism, Streeck argues, has produced a series of crises. Most persistent though is the problem of legitimisation. If the actual functions of the system, such as growth and prosperity, fail to deliver, a crisis of legitimisation impends the system. Over the last decades, the possibility of this event has been “suspended” by liberalising economy and freeing it from democratic interference.

This process is what Streeck calls the de-democratisation of economy through the de-economisation of democracy. Hence, pressure from democratic politics diminishes and markets are thought to be able to repair their initial dysfunction. In order to do so, they need to rebuild confidence because economic crises are merely crisis of confidence in capital, or, a legitimisation crises of different sorts (Streeck 2012: 27f). Put differently, markets extricate themselves from democratic legitimisation to focus on legitimisation within their own dis-embedded system. If legitimisation is left to the market, Przeworski (1985: 220) argues, only the “economic whip” is left as a central mechanism of political control.

Despite its dis-embeddedness, the market system still has a technical function for the broader public, more precisely for the wage earners. This function is of great importance as the capitalist system is a social contract based on legitimised

mutual expectations on capital, work, profit and wages. Thus, the system is dependent on workers and vice versa. Put simply, it is a societal structure in need of legitimisation by these workers (Streeck 2012: 50f). Otherwise, as Prezworski (1985: 163) pointed out, a crisis of consent impends the system. Therefore the question arises: if economy is free from democratic politics and thus from democratic legitimisation, how does the economy uphold this social contract? What are its legitimisation strategies?

Applying Discourse Analysis on the ECB's Public Communication

In order to address these questions, I apply two forms of discourse analysis to the ECB's communication to the public. While most social scientific studies investigating central bank legitimacy (Cuckierman et.al 1992; Elgie 1998; Freeman 2002; Franzese, Hall 1998) have taken a technical and quantitative point of view by creating statistical indices, not much has been said about the legitimisation discourse.

I therefore conducted a case study of the European Central Bank analysing its communicative discourse created for legitimisation purposes using a discourse analysis approach. The data used for this study is the communicative discourse created around the SSM. More specifically, I have examined the 9 speeches, 2 interviews, 5 publications, 4 videos, and extracts from the homepage that the ECB has published in relation to the SSM since its implementation in November 2014 (www.bankingsupervision.europa.eu).

This data has been selected as it represents the discourse formed to legitimise the ECB's actions in the course of introducing the SSM. The very nature of accessibility is thus already part of the legitimisation discourse. This does not only ensure the quality of the data but also the internal validity of the study.

The methods applied to this data are a mixture of Critical Discourse Analysis (CDA) and "discourse institutionalism". While the first implies that language is understood as an expression of power rather than mere communication (Fairclough 1992), the latter makes "*the substantive content of ideas and the interactive processes of discourse in institutional context*" (Schmidt 2014: 190) central to the analysis.

In doing so, this work tries to detect the narratives used to legitimise the undemocratically decided empowerment of the ECB. This demonstrates one indicator for assessing how the European legitimisation crisis is further suspended. The case study thus answers to a broader set of issues such as European integration and Europe's crisis of democratic capitalism. Looking at communicative discourse and systematically analysing it is an inherently interpretative approach providing an insight into legitimisation practices in democratic societies presenting an alternative to democratically informed legitimisation, such as elections.

This approach aims to enhance the understanding of how central banks legitimise themselves aside from formally constituted legitimacy; also shedding light on the issues that statistical measurement - commonly used to assess central bank legitimacy – cannot capture.

Interpreting Three Dimensions of European Integration

*“The SSM is going to be a milestone in European integration.”
(P.G. Teixeira² in ECB 2015: Video Working for the ECB. Building Banking Supervision)*

Prior to the induction of the Banking Union's first pillar, the ECB has been a European institution merely managing the EMU; an institution of European integration with the EMU as the integrative force. Now, however, the ECB has become the integrative force and the designer of European integration as the main figure in the Banking Union.

Recalling Swedberg's (2013) theory, European integration could have a political and a social dimension. Instead, however, only the economic one is responsible for integration. Even though the ECB evidently further integrates Europe economically, and economically only, the ECB's discourse addresses the other two dimensions as well. I thus categorised all findings of the discourse analysis in three dimensions of European integration:

The Political Dimension of European Integration: Excluding While Addressing Democratic Politics

*It is generally accepted that, in order to be successful, monetary policy needs to be free from short-term political interference and delegated to a technically equipped agency, the central bank, formally bound to a clearly defined goal. To balance that independence, appropriate reporting obligations must exist (“accountability”), requiring the central bank to provide information on its actions (“transparency”). Delegation of complex policy tasks where time inconsistency problems arise has proved to be beneficial not only in monetary policy but also in other policy areas. [...] I think that the criteria suggesting delegation to an independent agency suit banking supervision no less than monetary policy.
(Angeloni³ 2015c)*

When examining the communicative discourse a central bank creates in order to legitimise their policy making, three obvious requirements seem worth considering: accountability, transparency and independence. Indeed, these are recurring themes within public debates as well as social scientific literature on

² Pedro Gustavo Teixeira is Head of the SSM Secretariat

³ Ignazio Angeloni is a member of the Supervisory Board

central banking. The debates' focus has been by and large on monetary policy. Now, however, these requirements are also a matter of banking supervision.

Having applied critical discourse analysis to this data, it can be said that some predominant ideas have subtly dismissed other ideas. Regarding the discourse on the central bank requirements – independence, accountability and transparency – each central bank requirement appears to be noticeably functional.

The unchanged framework of central bank independence is argued to be rational as this framework has already proven itself, with respect to monetary policy. Thus the applicability of the political interference theory has not been revisited for banking supervision. While it has been claimed by ECB policymakers (Angeloni 2015c) that common wisdoms need to be rethought and redefined, this has not been the case for the independence of the ECB. This suggests that the ECB was simply unwilling to question its independence from politics and therefore tried to legitimise this unchanged framework through rationality. This is even more surprising in light of recent literature (e.g. Alesina, Summers 1993; Berman, McNamara 1999) which claims that central bank independence is neither economically nor politically more efficient than other solutions.

The unwillingness to engage with questions of political dependence and independence is even further reinforced considering the ideas about accountability. Although accountability and transparency are mostly treated as a single unit, transparency is an economic rationale and accountability is a political one (Jabko 2009). While transparency enables market actors to build expectations, accountability is seen to be a “*normative requirement in a democratic context*” (ibid 2009: 292). In this discourse they appear as a unit as well, but have very different functions.

I appear before you today in order to present the first ECB Annual Report on supervisory activities. This Report is an essential part of the substantive and robust framework of democratic accountability that has accompanied the creation of the Single Supervisory Mechanism. In turn, this framework is a key element in supporting our commitment to delivering an intrusive and effective supervision, which contributes to the safety and soundness of the banking system to the benefit of the European citizens. It is therefore a great pleasure for me to have this opportunity to present to you, the representatives of the European citizens, the main elements of this Report for the year 2014, and to take your questions on it.
(Nouy⁴ 2015b)

Accountability has been left largely unchanged in its framework, similarly to the independence question. Even though the supervisory board needs to appear slightly more often at the European Parliament to present reports and answer questions, the Parliament still has no say over any decisions. Hence, politics, again, is undisputably excluded.

⁴ Danièle Nouy is Chair of the Supervisory Board

The exclusion of democratic politics is well hidden though. The discourse around democratic accountability and the narrative of “supervisors/regulators as agents delegated by society to accomplish a mission” (Angeloni 2015c) conveys differently, veiling the actual exclusion. In sum, the ECB’s requirements concerning political influence have remained the same despite the fact that the ECB is more independent than ever, as its power has increased significantly.

The Economic Dimension of European Integration: Strengthening European Technocracy

the successful conclusion of the Comprehensive Assessment stands out among the milestones we have achieved so far [...] the Comprehensive Assessment was a pre-condition for a good start of the SSM in at least three ways. Firstly, it improved transparency and gave the new supervisor access to a vast array of data, which it used to build up knowledge about the banks we are now supervising. Second, and related to this, the Comprehensive Assessment resulted in the strengthening of balance sheets. And third, it gave the SSM the opportunity to start its supervision on a credible footing
(Nouy 2015b)

The matter of transparency, being the economic rationale, is quite different. The framework of transparency also remained the same as disclosing and publishing patterns are similar to monetary policy transparency. Its nature and meaning, however, have also remained. The idea of transparency is not meant to render the ECB’s policymaking open to public scrutiny anymore. Instead, it functions as a legitimising idea of technocracy and technocratic policymaking.

The SSM has already started on a highly technical footing by referring to the Comprehensive Assessments, stress testing banks’ balance sheets, as a milestone. These tests are seen to increase the transparency necessary for the SSM’s credibility. Yet, transparency stemming from balance sheet tests is clearly not aiming to make the SSM more transparent for the broader public.

it is more difficult for supervisors to communicate with public opinion or other non-specialists. [...] more difficult to explain, in non-technical terms, what needs to be done and when, and why occasional policy failures occur.
(Angeloni 2015c)

special considerations apply regarding communication with experts – including academics, think-tankers, opinion markers, as well as industry representatives. Making this segment of public audience a regular addressee of disclosure can be rewarding in many ways: to receive technical support, as an internal sounding board, as a channel of external communication, as a reputation-building device, etc.
(Angeloni 2015a)

Even more so, the communication with the public is found to be more difficult than with experts. Here, again, transparency is contextualised in a technocratic manner. Clearly, transparency has been transformed from being a tool to make policy transparent to the public, to being a technocratic tool for making policy and information accessible to experts.

This transformation strengthens the economic rationale behind central bank requirements. At the same time, this kind of transparency seemingly renders public scrutiny possible, as information is being disclosed. Unless the general public holds a finance degree, however, public scrutiny will fall flat.

The European citizens are fully aware that we are trying to do our very best to ensure that their deposits are safe and that they can trust on the work of their supervisory.
(Nouy 2015a)

This should not be worrisome, according to the ECB, ensuring that ultimately the European citizen will benefit. Both legitimisation ideas, technical transparency making the SSM credible and the citizens' gain, imply the exclusion of major parts of the public. Especially after the recent crisis, the number of citizens with savings has decreased significantly. Also, citizens who have access to higher education, and thus understand major financial regulation, do not represent the majority of the population. Hence, the citizens who are supposed to be gaining from such policy are actually a rather small fraction of all European citizens.

As a result, the ECB's current transparency policy does not open the possibility of debate but rather closes it. This enforces European technocracy and thereby excludes politicians as well as European citizens from the discourse. Democratic politics and European citizens are thus, paradoxically, excluded from the legitimising discourse craving for social support to justify the formal framework. What are we then left with, when it comes to European integration? The ECB also seems to have an answer to that:

The Social Dimension of European Integration: Imagining the Cultural Technocracy

The integration of banking supervision through the ECB's SSM is not only the by-product of its new power, but is also actively used in the legitimisation discourse. Indeed, the SSM is presented as the latest "milestone of European integration" which resolves all the crisis' issues. This is the main frame of the legitimisation discourse: integration eliminating the root of all evil, namely fragmentation.

The recent financial crisis has plainly shown how fragile financial integration was. The crisis painfully demonstrated the clear need to remove the asymmetry between integrated financial markets and a financial stability architecture that was primarily organised along

national lines. [...] Although there was a common monetary policy, responsibility for banking supervision, as well as resolution powers, remained at the national level. This "home bias" of national supervision created an environment which allowed jurisdictions to promote "national champions" and to support local banking models. In addition, it may have led them to take a less strict stance regarding the risk behaviour of banks.
(Nouy 2015c)

We must convincingly weaken the connections between a country and its banks
(Angeloni 2015b)

Analysing this discourse has revealed that the narrative of "creating a level-playing field" – solving the crisis through banking supervision harmonisation – replaces the definition of "the national" with national banks and national supervision. Integration thus means breaking the connection between "the national" and its banks by taking national supervisory competencies away and handing them to the ECB. The nation state is then only defined by these two discrepancies: the national differences of handling banks and banking supervision, which need to be eliminated.

Even though this is supposed to create a level playing field by eradicating fragmentation, the ECB introduces a different sort of fragmentation. Taking over only the large credit institutions, leaving the smaller ones in the hands of national authorities, the ECB clearly tries to address the "too big to fail issues". Why, however, is this not part of the legitimising discourse, but the "national champions" and the "national bias" of banks are? Clearly, the ECB did not eliminate all fragmentation, but rather changed the categories by which fragmentation is recognised. Considering this, fragmentation is only then negative if it is national. As a result, the category has shifted away from the characteristics of the nation state to the characteristics of the banks.

The frame of the discourse suggests that European integration is not about integrating nation states anymore, but the integration of banks. Notwithstanding that this sounds abstract for a discourse about European integration, it is claimed to be fulfilling "the citizens' need", and is presented as cultural integration:

Let me also highlight that on top of these – I could say – "technical" priorities, we have already adopted a more "cultural" priority which is the development of a "common supervisory culture" within the SSM.
(Nouy 2015b)

We also need to be very much culturally aware and you are asked to adapt to every single day of your professional life and that is quite challenging and makes you mature and grow as a person. Being at the forefront of European integration gives meaning to your professional life and you feel that what you do has an impact on people's daily lives.
(P.G. Teixeira in ECB 2015: Video Working for the ECB. Building Banking Supervision)

The ECB enforces this idea by giving banking supervision a cultural touch and technocrats a humane personality. Supervisors become heroes who want to change European citizens' lives for the better, instead of technocrats who look at banks' balance sheets. Hence, the supervisory culture is the new social dimension of European integration. Despite the fact that not much is being said what the "supervision culture" is, apart from the aim to build and define it, it certainly claims to change people's everyday lives. This goal is apparently what "unites" the SSM's staff. European integration is thus integrating banks instead of nations; and European culture means a common supervisory culture of technocrats instead of European citizens' culture going beyond national borders.

Today's European Integration and the Crisis of Democratic Capitalism Revisited

To date, existing academic literature has addressed individual aspects of the European democratic deficit, the crisis of democratic capitalism, the European Central Bank and European integration. Nothing, however, has been said about the interplay of these four entities. In this essay, I have approached the European Central Bank as a qualitative case study indicating the state of European democracy and democratic capitalism in relation to European integration. In doing so, I have shown the relevance of the *sui generis* interplay of these theoretical concepts, as well as the richness of findings a qualitative study of central banking can provide. As a result, this essay offers a diagnosis of the current locus of power and the logic of legitimisation in the European Union.

Overall there are three dimensions of European integration reflected in this discourse just like Swedberg (2013) suggested: the social, the political and the economic. Moreover, Swedberg is correct about the fact that merely the economic dimension is used to integrate Europe further. However, his theory has not anticipated that the other two dimensions would be part of the legitimisation discourse, serving the economic one. Assuming that power relations are inherent to discourse, those dimensions represent a specific power structure in European integration:

The economic dimension is still predominant; enhancing the economic realm's influence even more. Thereby, the political dimension as well as the European citizens are further excluded from the discourse. A social and cultural narrative, promising the ultimate gain for European citizens, veils this power structure.

Informed by this, Swedberg's question of whether democratic politics - when replaced by *economism* - tend to be set aside, needs to be answered with a clear "yes". In fact, democratic politics are not just set aside, they are actively excluded. As a result, European integration is not only dominated by the economic dimension but it has also become a technical form of integration. The terms to think of when debating European integration are not "nation states" and "European

citizens" anymore. These terms have been replaced by "banks' and "European citizens' deposits".

The increased importance of banks which has led to the decreased importance of the nation state through European integration has also affected EU member states' democracy. Due to the fact that European politics have been further excluded from the discourse, member states' democracies have now even less say on economic issues than before. Consequently, the European Union has a more pronounced democratic deficit than ever, expressed as democratic legitimacy being unaccountable. Simultaneously, European integration is dominated by technical integration through economic means in which nation states are rendered meaningless.

All these developments suggest that Streeck's (2011; 2012) conjectures are accurate: Democratic capitalism, describing the underlying tensions between capitalism and democracy, is in crisis. The current system potentially produces a series of crises, especially a legitimisation crisis. By de-democratising economy through de-economising democracy, these crises are being suspended.

Indeed, the exclusion of politics in the newly found banking supervision speaks to the de-democratisation of economy. Thus, democracy is becoming more and more de-economised under its influence. However, after the last financial crisis it seems to take more than this divergence of democracy and economy to avoid a possible crisis of legitimisation stemming from these fundamental tensions. Hence, the social and cultural element of the SSM's legitimising discourse has been created. The ECB thereby veils the greater divergence and further suspends the legitimisation crisis.

This suggests that European Union is experiencing a convergence and simultaneously a divergence. The financial system and its regulation are converging. At the same time, the underlying economic and political relations are diverging. Therefore the technical European integration intensifies a dis-embedding of the market. Yet, the social contract between the workers and the market is seemingly upheld by the social and cultural narrative of the ECB.

In sum, the European Central Bank's discourse reflects the predominant power structures in Europe. The political dimension of integration is being forced out in favour of strengthening the economic one. To veil this occurrence, the social dimension is being highlighted, producing a European cultural technocracy. Putting it into Polanyi's (1944) words, the dis-embedding of the market from society and the re-embedding of social relations into the economic system is presented in a social, cultural and societal fashion. As a result, the abstract tension between capitalist markets and democratic politics Streeck (2011) described, has given way to a neoliberal agenda supported by European integration.

Nevertheless I see the possibility of re-embedding the markets into social relations, transforming the European society into more than just an adjunct of markets. Budgetary and economic policy frameworks would enhance a fiscal

union making economic relations fairer and more inclusive for the broader public. Unified tax laws, competition laws and common debt issuance would resolve the stratification of winners and losers in Europe, especially after the financial crisis. Not only citizens with savings or higher education would benefit from these reforms - every wage earner would. Ensuring that this is not merely "coated" with democratic sentiments but actually re-enforced by democratic legitimisation would make the European project worth supporting for the European citizens.

In conclusion, yes, democratic capitalism is in crisis and the European Union suffers a democratic deficit. The implementation of the first pillar of the Banking Union has certainly not helped the situation. However, a thorough political agenda of creating a fiscal union which is inclusively beneficial to all European citizens would certainly transform the European Union into what it was supposed to be: a project of peace and prosperity.

Bibliography

- Alesina, Alberto/Summers, Lawrence H.:** Central Bank Independence and Macroeconomic Performance: Some Comparative Evidence. *Journal of Money, Credit and Banking*, 25 1993 No. 2, 151
- Berman, Sheri/McNamara, Kathleen R.:** Bank on democracy: Why central banks need public oversight. *Foreign affairs*, 78 1999 No. 2, 2–8
- Burris, Beverly H.:** *Technocracy at work*. Albany: State Univ. of New York Press, 1993, SUNY series, the new inequalities
- Christie, Rebecca/Sebag, Gaspard:** Greek Banks Face Contingency Plans as Crisis Threatens. 2015 (URL: <http://www.bloomberg.com/news/articles/2015-05-22/greek-banks-face-contingency-plans-as-crisis-threatens>) – visited on 24.08.2016
- Elgie, Robert:** Democratic Accountability and Central Bank Independence: Historical and Contemporary, National and European Perspectives. *West European Politics* 21 1998 No. 3
- Fairclough, Norman:** *Discourse and social change*. Cambridge: Polity Press, 1992
- Freeman, John R.:** Competing commitments: Technocracy and democracy in the design of monetary institutions. *International organization*, 56 2002 No. 4, 889–910
- Hall, Peter A./Franzese, Robert J.:** Mixed signals: central bank independence, coordinated wage bargaining, and European Monetary Union. *International organization* 52 1998 No. 3

- Hirschman, Albert O.:** Rival interpretations of market society: Civilizing, destructive, or feeble? *Journal of economic literature*, 20 1982 No. 4, 1463–1484
- Jabco, Nicolas:** Transparency and accountability. In **Dyson, Kenneth H. F./ Marcussen, Martin**, editors: *Central banks in the age of the euro*. Oxford and New York: Oxford University Press, 2009, 391–406
- Montesquieu, Charles Louis:** *De l'esprit des lois*. Genf, 1748
- Mylonas, Harris:** Democratic Politics in Times of Austerity: The Limits of Forced Reform in Greece. *Perspectives on Politics*, 12 2014 No. 2, 435–443
- Polanyi, Karl/Stiglitz, Joseph E./Block, Fred:** *The great transformation: The political and economic origins of our time*. 2nd edition. Boston, Mass.: Beacon Press, 2001
- Przeworski, Adam:** *Capitalism and social democracy*. Cambridge: Univ. Press, 1985, *Studies in marxism and social theory*
- Saint-Simon, Henri de:** *Oeuvres: Slatkine Reprints*. Genf, 1977
- Schmidt, Vivien A.:** Speaking to the Markets or to the People? A Discursive Institutional Analysis of the EU's Sovereign Debt Crisis. *The British Journal of Politics & International Relations*, 16 2014 No. 1, 188–209
- Siedentop, Larry:** *Democracy in Europe*. London: Penguin Press, 2000
- Streeck, Wolfgang:** The crises of democratic capitalism. *New Left Review* 2011 No. 71
- Streeck, Wolfgang:** *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus ; Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012*. 5th edition. Berlin: Suhrkamp, 2012
- Swedberg, Richard:** *An Elephant in the Room? Or: Can you create a European Community through Economic Means?* 2013

ECB Speeches, Publications, Videos and Websites

All videos, speeches, publications and interviews are available here:

Angeloni, Ignazio: Rethinking banking supervision and the SSM perspective: Conference on “The new financial architecture in the Eurozone”. 2015a (URL: <https://www.bankingsupervision.europa.eu/press/speeches/date/2015/html/se150423.en.html>) – visited on 24.08.2016

Angeloni, Ignazio: Towards a macro-prudential framework for the single supervisory area. 2015b (URL: <https://www.bankingsupervision.europa.eu/press/speeches/date/2015/html/se150420.en.html>) – visited on 24.08.2016

Angeloni, Ignazio: Transparency and banking supervision. 2015c (URL: <https://www.bankingsupervision.europa.eu/press/speeches/date/2015/html/se150127.en.html>) – visited on 24.08.2016

ECB: Video Working for the ECB. Building banking supervision. 2015 (URL: <https://www.youtube.com/watch?t=18&v=hFbSr8SvSII>) – visited on 24.08.2016

European Central Bank: Aggregate report on the comprehensive assessment. Frankfurt am Main: European Central Bank, 2014

European Central Bank: Banking Supervision. 2015a (URL: <https://www.bankingsupervision.europa.eu/home/html/index.en.html>) – visited on 24.08.2016

European Central Bank: ECB annual report on supervisory activities: 2014. Frankfurt am Main: European Central Bank, 2015b, EDC collection

Nouy, Danièle: Danièle Nouy and Sabine Lautenschläger talk about the ECB’s new banking supervision role. 2015a (URL: https://www.youtube.com/watch?v=TIJy_su3i5o) – visited on 24.08.2016

Nouy, Danièle: Joint conference of the European Commission and European Central Bank: European Financial Integration and Stability. 2015b (URL: http://ec.europa.eu/finance/events/2015/0427-financial-integration/index_en.htm) – visited on 24.08.2016

Nouy, Danièle: Report on supervisory activities by the Chair of the ECB’s Supervisory Board at the European Parliament’s Economic and Monetary Affairs Committee. 2015c (URL: <https://www.bankingsupervision.europa.eu/press/speeches/date/2015/html/se150331.en.html>) – visited on 24.08.2016

What is the Importance of Reggae Music to Jamaican Social Cohesion, Nationalism, and Identity?

Imogen Newey

Introduction

While official independence was granted in 1969, political violence and social imbalance have continued to disrupt Jamaica. Thus, the late 1960's to 1980's were a pivotal period defined by the search for Jamaican identity, unity and pride. This paper will draw upon the historical roots of Reggae, examine the relationship between politics and Reggae, and consider songs relevant to the movement for social cohesion. Both when considering song lyrics, and looking at the relationship between politics and Reggae, this paper will draw upon specific examples, such as the contributions of Michael Manley, Garvey, Peter Tosh, and Bob Marley. Additionally, this paper will consider communicational methods; international recognition; Reggae's roots, rhythms; and briefly Reggae's position since 1990.

Messages Through Music

To align people towards independence, Jamaicans were strongly dependent on artists to communicate the need for change. Basil Wilson believed "the task of the Reggae artist is to shape his society by understanding and supporting the need for structural change in Jamaica" (Wilson 2000: 25). Dennis Brown was an artist who urged change, singing "[...] love, love one and other [...] / Revolution, revolution (song lyrics, Brown 1985). Brown called people to revolution by reasoning upon a desire to live equally, and share love between humans. The result of strong and praised communicated social messages was a force that heavily challenged the system. Those such as Dennis Brown, Bob Marley, Peter Tosh, Bonny Wailer, the Abyssinians, The Mighty Diamonds, Judy Mowatt and many others were valued as musical ambassadors. Jimmy Cliff's 1972 soundtrack to the film *The Harder they Come* has been attributed as the soundtrack that "brought reggae to the world" (McLellan 2016). With lyrics such as "I'd rather be a free man in my grave / Than

living as a puppet or a slave" (song lyrics, Cliff 1972) the suffering of Jamaican's was brought to international attention. Songs such as *Get Up, Stand Up* by Bob Marley appealed to people suffering worldwide, thus earning greater support and sympathies. The contention against colonial and imperialist forces grew partly due to increasing international recognition.

Tosh and Marley are two powerful examples of artists who stood as musical advocates of revolution. The titles of Peter Tosh's songs, including *Equal Rights*, *Stand Firm*, *Peace Treaty* and *Downpressor Man* to name a few, illustrate the issues he addresses. At the One Love Peace Concert 1978 Tosh passionately told a "40,000-strong crowd" (Burrell 2013); "Peace [is] the diploma you get in the cemetery" (Tosh qtd. in Burrell 2013). The song *Equal Rights* announces "I don't want no peace/ I need equal rights and justice" (song lyrics, Tosh 1977). In September 1987 he almost lost his life being reprimanded for a dramatic political speech five months earlier. Tosh's radicalism itself is an indicator of the tremendous desire for change.

Marley was also an essential voice for the people. Through his music and actions, he pursued his and the people's goal of unity but through peaceful means. "He was really a part of the people; he reflected their ideas rather than trying to direct them, like Tosh did" (Waters 1985: 188). At the One Love Peace Concert 1978 Bob Marley utilized his influence to compel social change: he observed political divisions and so, in a symbolic statement of true unity, linked the opposing sides hands as part of his continued efforts to spread a message of humanity. His nomination for the Nobel Peace Prize "validated the enormity of his contribution to the betterment of human kind" (Prahlad 2001: xxiv). While Marley and Tosh may have had different visions of how to end the Babylon system¹, their presence and impact was, and remains, undeniable. Music and musicians held the ability to influence, empower, and form an ideological union in pursuit of a goal. Freeand believes "music played a vital role in furnishing emotion and ideological cohesion, and fueled the excitement and sustainability of nationalist identification" (Freeand: 1). Musicians invited mass avocation for change. Oumano studied Jamaican protest songs finding "natural links between any musicians bent on upsetting the rulers of Babylon" (Oumano 2000). Music is reflective of that drive for independence, nationalism and identity. As a widely available and shared cultural activity artists understood the power of their music to unify and embolden people.

¹ The Babylon system is an expression used to refer to a corrupt government that oppresses and exploits those at the lower end of social hierarchy. The expression derives from biblical terminology where Jews were captured and exploited in Babylon. Rastafarians recognize the similarities of slavery and exploitation.

The Power of Collective Identities within a Music Movement

Jamaican social cohesion, feelings of nationalism and a unified identity evolved from revolutionary collective identities in Jamaica being a catalyst towards social change. The conceptualization of collective identities emerged from the *new social movement theory* created in the 1980's. It explained the increase of cultural means to tackle questions of identity in movements since the 1960's. Sociologists use collective identity as an alternative theory to interpret a social movement's emergence, trajectories and impact. The disenfranchised were often illiterate, or otherwise disconnected from high society political rulings and materialist movements. By using cultural means everyday life became politicized, music is one example of cultural means that could be widely shared and understood by the wide population. Due to the revolutionary, uplifting feelings and Jamaican cultural values embodied in messages communicated through music and the social trends surrounding the musical sphere, there was a change in conceptualizations and consequently in expression of identity.

Social movements amplify the grassroots of a community's commonalities to form a strong, recognizable identity and a key sense of belonging to a group. "[C]ultural, religious, and national identities [are] sources of meaning for people" (Castells 2009: 3). Jamaican people sought a more singular identity, that would make people feel a connectedness; a commonality; a sense of belonging. Collective identity "is the social movement's answer to who we are, locating the movement within a field of political actors" (Whooley 2007). These groups become recognized as systematic collectives. Commonalities may include common interests, experiences and solidarities. For Jamaicans the experiences of oppression, heritage and cultural traditions, alongside common interests towards change and unity against oppressors, allowed unified, revolutionary forces to evolve. Motivation is key in forming collective action. It is only through large collective action that the forces of oppression can be formidably challenged. "[C]ollective identity formation in social movements is by nature oppositional to dominant cultural practices" (Taylor and Whittier qtd. in Fominaya 1992: 396). Marxist theories connect collective identity to class consciousness and group solidarity formed by shared goals. Within Jamaican music artists sing of oppression "dem ha fe get a beatin'" (song lyrics, Tosh 1978) and use recognizable Rastafarian greetings such as "hail de man" (Edmonds 2002) to establish group kindred. Further emotional connections are felt within the rhythms, overtones and undertones, themselves. Polletta and Jasper defined collective identity as "an individual's cognitive, moral and emotional connection with a broader community, category, practice, or institution" (Polletta and Jasper 2001: 285). It is specifically through an individual's attraction, and increased motivation by actors, that draws an individual to engage with a collective identity. Music has become a popular outlet for Jamaican nationalism and discontentment

with the postcolonial status quo. Whittier's term "interaction-observable phenomena" (Whittier 1995: 16) can be applied to the process by which Jamaican collective identity spurred a social movement through shared beliefs and interaction.

On this basis, Alberto Melucci introduced his model of collective identity as a three-part process: cognitive definition, active relationship, and emotional investments. Developed through interaction, "collective identity as a process involves cognitive definitions concerning the ends, means and the field of action" (Melucci 1996: 70). These axes of collective action define a group's form of communication and cultural operations such as rituals and values. Action always involves calculating means for ends and investments to rewards. (Melucci 1996: 70) For Jamaican collective identity, music was an invested means to bring a rewarding end to oppression and social disunity. "Collective identity as a process refers thus to a network of active relationships between actors who interact, communicate, [and] influence" (Melucci 1996: 71). Artists are examples of leadership, music an example of communicative channels. "[E]motional investment [...] enables individuals to feel themselves part of a collective identity" (Melucci 1996: 71). Emotions are an innate collective action, especially in less institutionalized situations such as social movements. People related to the experiences and desires relayed in lyrics. Reggae and the Rastafarian image embraced the belief "Every man has an equal right to live and be free" (song lyrics, Brown 1987) to become a cultural and political commodity, its new "cultural legitimacy [...] became an outlet for popular expressions of Black Nationalism and discontent" (Doyle 2012: 107).

Both the past and present demonstrate that music has a profound effect on people's mind-set. "[I]dentity [is] a defining principle of social organization" (Castells 2009: 3). From people's emotions to objectives music provides a source upon which to further cultural uniqueness and collective identity. Historical examples include merengue in the Dominican Republic, rumba in Cuba and Reggae in Jamaica. Rap in America also helped drive American independence; notably, hip-hop was inspired by Reggae's success. "From its roots as resistance against slavery to its connection to the reggae movement in Jamaica [...] rap has traditionally been the music of the subjugated African-American working class" (Blanchard 1999). Similarities between music driven movements can be concluded as movements to voice underrepresented groups. Artists themselves say "[k]eep in mind when brothas start flexing the verbal skillz, it always reflects what's going on politically, socially, and economically" (Davey D 1998). One year prior to Zimbabwe's independence Marley sung "fight for our rights [...] Africans a liberate Zimbabwe" (song lyrics, Marley 1979). "[Jamaican] music [...] made a big political impact in other nations during periods of internal social unrest" (Ferguson 2016: 2). In June 1978 Senegal awarded the Third World Peace Medal

to Marley on behalf of all the African countries in the United Nations. Senegal reasons “no one has spread the message of Rastafari with greater reach or impact than has Bob Marley” (Nichols 1979: 74). It is clear music globally communicated key Jamaican cultural values and messages of empowerment towards social change. An investigation found that Reggae listeners outside Jamaica shared similar cultural values with native Jamaican Reggae listeners despite cultural or geographical distances. “[O]penness to change was the value dimension most strongly correlated with Reggae preference” (Ferguson 2016: 2). Music can solidify values, social cohesion, collectivism and identity. Boer’s research discovered music preferences indicate certain personal and cultural values. For example, Rock listeners typically rejected conservatism and traditionalism. Classic listeners favored self-transcendence and aesthetic appreciation. Additionally, similar music preferences indicated interpersonal attraction and a vehicle for social bonding (Boer 2009). A psychological study, courtesy of *Frontiers in Psychology*, reports “people listen to music to regulate arousal and mood, to achieve self-awareness, and as an expression of social relatedness” (Schäfer 2013). Music stimulates an emotional response and whether due to a negative view of the past and present and/or a positive view of the future, the result is a desire for change. Bob Marley’s *No Woman, No Cry* reassuringly uplifts people, singing “In this great future, you can’t forget your past” (song lyrics, Marley 1974). Beres Hammond sings “But staying home won’t make it right/ Sometimes the pressure make me feel like bawling” (Hammond 1996). Hammond recognized the struggle and perhaps difficulty of ‘putting up resistance’, yet he reminds people of the need to act together if they are to achieve change. Freeland writes “social cohesion and group solidarity are vital to countries seeking majority support for political and economic changes facilitate a sense of belonging among a community of people” (Freeland: 3). When cohesion and nationalist ideology are expressed through music, a strong, collective identity is formed. Music has played a major role in the matrix of nationalistic thought. It is ultimately the formation of a strong collective identity that enables social movements and power struggles to transform political and social structures.

Lyrics

From the well-known Bob Marley to the Heptones, all singing of Babylon falling, lyrics are defiant, alerting listeners to the need for courage and commitment. By depicting poverty, struggles and oppression, rallying action, and stimulating nationalist feeling, music “transcended all political, social, and economic classes in terms of listening audiences” (Freeland: 10). Through music and cultural engagement people can affirm their identity and gain a sense of belonging. Rahim refers to cultural forms as relevant methods for communities “consolidating its codes of belonging” (Rahim 2005: 1). Released in 1985, *Revolution* by Dennis

Brown features lyrics such as “Do you know what it means to have a revolution? [...]/ Fighting against oppression” (song lyrics, Brown 1985), which illustrate the power of music to provide a platform to communicate a message advocating change. Alongside the lyrics the repetitive, chanting, catchy nature of the song added to the power to recruit larger forces. The rallying effect of Jamaican music was a major factor in realizing independence, this is because to achieve change a movement must succeed in aligning a significant amount of support together for one cause; thus creating a powerful force.

The repetition of refrains and chanting in music, demonstrations and speeches escalates social union. Dennis Brown unrelentingly inspires “revolution” (song lyrics, Brown 1985). Wilson Delroy insists “better must come” (song lyrics, Delroy 1971). Lyrics such as these are more efficiently impregnated upon the human memory. They are easier to remember and reiterate compared to political, un-rhythmic jargon.

Marley and the Wailers’ *Get up, Stand up* even offers a callback. The lines “Get up, stand up! (Get up, stand up!)/[...] Don’t give up the fight! (Life is your right!)” (song lyrics, Marley 1973) invite crowd mentality. Freeland notes the “call-and-response technique [...] is a time tested motivator” (Freeland: 14), using Joe White and Chuck’s Jamaican Independence Song *One Love* as an example where “inspirational lyrics encapsulate the motivational power of a positive definition of what it means to be Jamaican” (ibid.), thus reiterating the ability of music to form a national identity.

Popularization and the Political Landscape

Reggae has grown to become an indispensable political tool. Founded in 1938, the People’s National Party’s (PNP) first leader, Norman Manley, was a strong advocate of universal suffrage. In the 1960’s the PNP recognized the power of Reggae and the Rastafarian Movement. By the 1970s, the influence of Reggae could no longer be ignored. Politics and music supported one another. As Reggae developed on the world stage so did Michael Manley’s 1972 electoral campaign further its popularization. In pursuit of efforts to create a socialist state in Jamaica, the party Manley embraced the previously mentioned subversive, criminal sub-culture. According to Doyle the PNP executed a “self-conscious adoption of Rastafari symbolism and imagery” (Doyle 2012: 107). They “sifted through the culture of the Rastafarians in order to find symbols that Michael Manley [...] might use in his political speeches” (Lewis 1993: 12). In 1972 Delroy Wilson’s *Better Must Come* and Max Romeo’s *Let The Power Fall On I* became integral parts of the PNP’s election campaign. They also organized popular performers into a musical bandwagon to perform at political rallies across Jamaica (Chang and

Chen 1998: 48).

Politicians “exploited reggae imagery for economic and promotional goals” (King, Bays, and Foster 2002: 143). As Rastafarian symbolism and Reggae became part of the political landscape both parties attempted to build connections with Rastafarians, positioning themselves as sympathetic towards the plight of the disenfranchised. As prime minister Manley noted in his Budget Speech July 1972 “Jamaica still has a grave psychological problem and that it is not as yet fully at ease with itself in the question of race, particularly the question of blackness” (Manley qtd. in Ledgister 2014: 11). Manley aligned himself with Rastafarians because he saw them as “bearers of an African identity worthy of emulation by the public” (Lewis 1993: 12). By recognizing the strength of combining the popular appeal of Reggae with Manley’s charisma the PNP won a landslide victory in the 1972 general election, and solidified the crucial role Reggae played in politics. Politicians were forced to credit Reggae for its ability to communicate a strong social message. For example, 1978 One Love Peace Concert featured a defining moment in the path to Jamaican peace and unity. Bob Marley brought the opposing political candidates, Michael Manley, of the People’s National Party, and Edward Seaga, Jamaican Labour Party, onstage and joined their hands to symbolize unity. Named by The Guardian as “Number 36 in their series of the 50 key events in the history of world and folk music” (Denselow 2011). Political conflict and violence were tearing the country apart. Thus, this “momentous occasion” (Young 2013) is a key example of how music was important in maintaining focus on unity and a positive Jamaican identity.

Roots

To build an understanding of what it meant to be ‘Jamaican’ one has to look at their origins. Music helped develop cultural pride by using common identity rooted in history as a source of inspiration for expression, musical rhythms, and lyrical references. Oppression dates back to the beginning of civilisation. Jamaica’s political roots against Babylon originate from Maroon heritage and resistance during the time of Caribbean and African slavery. Lines such as “Just take theses chains away/[...] Too long I’ve been a slave” (song lyrics, Andy 1970) pertain to the ancestry of slavery and continuation of oppression. Bilby adds “Maroon resistance of past centuries continues to serve as an important point of reference in the discourse of black struggle associated with the Rastafari movement and its music” (Bilby 2001). Discontent with society was rooted against Westerners’ oppression of Blacks, specifically their oppressive Babylon System. Therefore, music was focused against the politics holding Blacks down because this political persecution was the core of further social and cultural problems. Bob Marley’s “Babylon is the vampire” (Marley 1979) clearly infers a belief that Babylon was an

unnatural force exploiting Blacks, Rastafarians literally wished to “chant down Babylon” (ibid.). Rastafarian culture was founded upon resistance. Rastafarian inhabited a social minority, abhorred for their appearance and beliefs, disenfranchised from the means of production. Thus, Rastafarians spoke against racism and classism, using music as a means of communication.

Nettleford argued arts “formed the basis of resistance and cultural survival, and should, therefore, be expressed in ways that advance self-awareness and social change, because the creative imagination lies beyond the clutches of the worst kind of oppressor” (Nettleford qtd. in Freeland: 2). Similar to African slaves’ use of ethos and cultural forms, such as music and dance, to retain their identity across the Atlantic, Jamaicans have sought identity through lineage, ethos, and newly founded cultural means of expression. Reggae has been at the forefront of forging Jamaican nationalism and identity. Marley is famous for embracing chanting, stopping, dramatic gestures and extremely varied facial expression partly derived from African culture. Prahlad has compared Marley’s performance to “a ritual reenactment of the history of Africans in the Western world [...] jumped Nyabinghi [...] smashed castles and government buildings in his wake [...] pranced, like a lion [...] made love to the earth and the wind” (Prahlad 2001: 46).

Regarding the relationship between reggae, Rastafari and the rhetoric of social control “reggae music has been a powerful and liberating voice for the poor and oppressed” (King 2002: xi). *The New Blacks Magazine* writes, “[B]lacks cannot gain power and advance as a race of people. Early political Rastafarian music places the focus of the music on the structure of this society” (Robinson, online). The magazine’s name tells us that they represent Blacks’ viewpoint and feel music aimed to change societies structures. “[S]ongs tap into the ‘magico-religious political culture’ of the local landscape” (Higgins 2016). Songs such as *Burnin’ And Lootin’* show the suffering of people in Jamaican ghettos:

Give me the food and let me grow;
 [...]
 Weeping and a-wailin’ tonight;
 (We’ve been suffering these long, long-a years!)
 [...]
 We gonna be burning and a-looting tonight;
 (To survive, yeah!) (song lyrics, Marley 1973)

The song sings of poverty, long suffering and crime. Jamaica was fraught with social divisions, by class, gangs, and mistrust. Reggae evolved from Ska. Ska was a voice for the poor, the “suffer-ah’s” (Nelson 1996: 40), focused on personal concerns and protesting against social conditions in Jamaican ghettos. Reggae

was more aggressive and direct in its protests against specific social problems, especially oppression and division. Music is a voice; Marley sings "Most of them come from Trench Town/We free the people with music, sweet music/Can we free the people with music (song lyrics, Marley 1970). Reggae was the poor man's medium of expression against oppression. Toots Hibbert, *Maytals* lead singer, believes "Reggae means comin' from the people, y'know? [...] Life from the ghetto. From majority. Reggae mean regular people who are suffering, and who don't have what they want" (Hibbert qtd. in Davis and Simon 1992: 17). As Reggae developed, growing in its number of supporters and influence, so did its power to spread a message, thus empowering revolution, change, and self-belief. Without Reggae as a messenger of social unrest, the problems that confront the lower classes would not be heard.

Reggae Since the 1990's

Since the 1990's artists such as Buju Banton, Sizzla Capleton and the Marley Brothers have adapted Reggae music to incorporate dancehall and hip-hop rhythms to retain popular appeal with the new generation. Reggae continues to be an outlet and means of protest for social and political discontent. The growing popularity of Rastafarian outlooks can be observed in the increased broadcasting, concerts and music sales of Reggae, as well as in the increased acceptance of Rastafarian imagery such as dreadlocks and Jamaican colours. In 1985 Reggae was added as a category for the Grammy Awards, signalling the mainstream acceptance of the music and its cultural background. The loss of historical context, and a diminished necessity for protest, combined with economic incentives has altered the nature of Reggae. While Reggae lacks the same heightened messages of protest, and mainstream popularity favours identifying Rastafarianism as popular music and a style culture instead of revolutionary protest, it still continues to gain worldwide recognition that, thus, continues to strengthen Jamaicans' pride in their culture and identity.

Conclusion

Reggae arose from the minority, voicing social discontent and reflecting the ideologies of lower class social groups. Through strong lyrics, passionate advocates, and unique, catchy rhythms Reggae evolved to define a cultural identity and unify a nation once fraught by political violence and social inequality. Lyrics depict historical and contemporary struggles, rally action, and alongside unique rhythms stimulate positive nationalist feelings. Music is vital in the matrix of nationalistic thought. Artists such as Bob Marley and fervent revolutionary Peter Tosh, have developed an undeniable presence and influence. Combined with popularization and international recognition the growing number of supporters

who had heard Reggae's musical message meant the demand for change could no longer be ignored, where previously the disenfranchised classes who have created Reggae had been ignored and powerless to influence change. Artists utilised their influence to help overcome political divisions, fuel excitement and pursue a unified Jamaica. Even when methods to end Babylon missed the goal, as well as the use of music to mobilise emotions, thoughts and a force pressurising for structural change, aligned. For centuries music has influenced people's mindsets, it is a source for creating a collective identity. Reggae has played and continues to play a key role in the formation of Jamaican social cohesion, nationalism, and identity.

Bibliography

- Bilby, Kenneth M.:** Maroon Autonomy In Jamaica. 2001 (URL: <https://www.culturalsurvival.org/publications/cultural-survival-quarterly/jamaica/maroon-autonomy-jamaica>) – visited on 21.01.2016
- Blanchard, Becky:** The Social Significance of Rap & Hip-Hop Culture. (URL: https://web.stanford.edu/class/e297c/poverty_prejudice/mediarace/socialsignificance.htm) – visited on 13.08.2016
- Bob, Andy:** Unchained. In Bob Andy's Song Book CD: Studio One, 1970
- Boer, Diana:** Music Makes the People Come Together: Social Function of Music Listening for Young People Across Cultures, url = <http://researcharchive.vuw.ac.nz/handle/10063/1155>. 2009
- Brown, Dennis:** Revolution. 1985
- Burrell, Ian:** Move over Bob Marley: Peter Tosh is finally getting the recognition he deserves. 2013 (URL: <http://www.independent.co.uk/arts-entertainment/music/features/move-over-bob-marley-peter-tosh-is-finally-getting-the-recognition-he-deserves-8914028.html>) – visited on 25.08.2016
- Castells, Manuel:** The Power of Identity: The Information Age: Economy, Society, and Culture Volume II. Hoboken: John Wiley & Sons Ltd, 2009
- Chang, Kevin O'Brien/Chen, Wayne:** Reggae routes: The story of Jamaican music. Kingston: Ian Randle Publ, 1998
- Cliff, Jimmy:** The Harder They Come. In The Harder They Come CD: Mango Records, 1972
- Davey, D.:** Why Is Rap So Powerful. 1998 (URL: <http://www.daveyd.com/whyrapispowerart.html>) – visited on 15.08.2016

- Davis, Stephen/Simon, Peter:** Reggae bloodlines: In search of the music and culture of Jamaica. New York: Da Capo Press, 1992
- Delroy, Wilson:** Better must come. In Better must come CD: Dynamic Sound, 1971
- Denselow, Robin:** Bob Marley presides over the Peace Concert. 2011 (URL: <https://www.theguardian.com/music/2011/jun/16/bob-marley-peace-concert>) – visited on 20.01.2016
- Doyle, Connor:** Rastafarianism & Michael Manley. 2012 (URL: <http://jps.library.utoronto.ca/index.php/cquilt/article/view/19293/16022>) – visited on 21.01.2016
- Edmonds, Ennis Barrington:** Rastafari: From Outcasts to Cultural Bearers. Oxford: Oxford Univ. Press, 2002
- Ferguson, Gail:** "Get Up, Stand Up, Stand Up for Your Rights!" The Jamaicanization of Youth Across 11 Countries Through Reggae Music? Journal of Cross-Cultural Psychology, 2016, 1–24
- Fominaya, Cristina Flesher:** Collective Identity in Social Movements: Central Concepts and Debates. Sociology Compass, 4 2010 No. 6, 393–404 (URL: <http://courses.arch.vt.edu/courses/wdunaway/gia5274/fominaya.pdf>) – visited on 25.08.2016
- Freeland, Gregory:** Music and the Rise of Caribbean Nationalism: The Jamaican Case. Jonkonnu Arts Journal, 1 2013 No. 1, 9–26 (URL: <http://www.culturaldiplomacy.org/pdf/case-studies/Music-and-the-Rise-of-Caribbean-Nationalism-Gregory-Freeland.pdf>) – visited on 19.01.2016
- Hammond, Beres:** Putting Up Resistance. In Putting Up Resistance CD: VP Records, 1996
- Higgins, Garfield:** Politics songs' and Michael Manley's message. 2014 (URL: http://www.jamaicaobserver.com/columns/-Politics-songs--and-Michael-Manley-s-message-_16766505) – visited on 25.08.2016
- King, Stephen A./Bays, Barry T./Foster, P. Renée:** Reggae, Rastafari, and the rhetoric of social control. Jackson: University Press of Mississippi, 2002
- Lahusen, Christian:** The Rhetoric of Moral Protest: Public Campaigns, Celebrity Endorsement and Political Mobilization. Volume 76, de Gruyter Studies in Organization. Berlin: De Gruyter, 1996
- Ledgister, Fragano:** Michael Manley and Jamaican Democracy, 1972-1980: The Word is Love. Lanham: Lexington Books, 2014

- Lewis, William F.:** *Soul rebels: The Rastafari*. Prospect Heights, Ill: Waveland Press, 1993
- Marley, Bob:** *No Woman, No Cry*. In *Natty Dread CD*: Island Records, 1974
- Marley, Bob/The Wailers:** *Trench Town*. In *Soul Rebels CD*: Maroon, 1970
- Marley, Bob/The Wailers:** *Get Up, Stand Up*. In *Burnin' CD*: Island Records, 1973
- Marley Bob/The Wailers:** *Babylon System*. In *Survival CD*: Def Jam Recordings, 1979
- McLellan, Dennis:** Perry Henzell, 70; his movie 'The Harder They Come' brought reggae to the world. 2006 (URL: <http://articles.latimes.com/2006/dec/02/local/me-henzell2>) – visited on 18.01.2016
- Melucci, Alberto:** *Challenging codes: Collective action in the information age*. Cambridge [England] and New York: Cambridge University Press, 1996, Cambridge cultural social studies
- Nelson, Havelock:** Reggae and hip-hop come together. *Billboard*, 108 1996 No. 7, 40
- Nichols, Tricia:** *Rastafari: A Way of Life*. New York: Anchor Books, 1979
- Oumano, Elena:** *Natty Dread Learns to Rap*. 2000 (URL: <http://www.miamiwnewtimes.com/music/natty-dread-learns-to-rap-6357012>) – visited on 19.01.2016
- Polletta, Francesca/Jasper, James:** *Collective Identity and Social Movements*. *Annual Review of Sociology*, 21 2001 No. 1, 283–305
- Prahlad, Anand:** *Reggae wisdom: Proverbs in Jamaican music*. Jackson: University Press of Mississippi, 2001
- Rahim, Jennifer:** (Not) Knowing the Difference: Calypso Overseas and the Sound of Belonging in Selected Narratives of Migration. *Anthurium: A Caribbean Studies Journal*, 3 2005 No. 2, 1–17
- Robinson, Desi K.:** *A history of contemporary black music*. (URL: <http://www.thenewblackmagazine.com/view.aspx?index=393>) – visited on 19.01.2016
- Schäfer, Thomas et al.:** *The psychological functions of music listening*. 2013 (URL: <http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC3741536/>) – visited on 20.01.2016
- Tosh, Peter:** *Equal Rights*. In *Equal Rights CD*: Columbia Records, 1977
- Tosh, Peter:** *Dem ha fe get a beatin*. In *Bush Doctor CD*: Rolling Stones Records, 1978

- Waters, Anita M.:** Race, class, and political symbols: Rastafari and reggae in Jamaican politics. 2nd edition. New Brunswick, U.S.A: Transaction Publ, 1985
- Whittier, Nancy:** Feminist generations: The persistence of the radical women's movement. Philadelphia: Temple Univ. Press, 1995
- Whooley, Owen:** Collective Identity. In **Ritzer, George**, editor: The Blackwell Encyclopedia of Sociology. Malden (Massachusetts): Blackwell, 2007, 586–588
- Wilson, Basil:** The politics & culture of Reggae music. The Caribbean-American Magazine, 24 2000 No. 1, 25
- Young, Howard Moo:** Recollections of the One Love Peace Concert. 2013 ⟨URL: http://www.jamaicaobserver.com/news/Recollections-of-the-One-Love-Peace-Concert_14118886⟩ – visited on 19.01.2016